

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Donnerstag, den 21. März 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Sozialdemokratie und Hüttenarbeiterschutz.

Es ist kaum anzunehmen, daß der Reichskanzler Fürst Bülow die von uns in der Sonntagsnummer besprochene Denkschrift des Metallarbeiterverbandes über die Lage der Hüttenarbeiter lesen wird. Solche „Kleinigkeiten“ interessieren einen „großen Geist“ nicht; er überläßt es gleich dem großen Beamtenfreund Hehl zu Herrnsheim den untergeordneten „Hilfsarbeitern“, derartige Sachen zu „regeln“. Die Hüttenarbeiterdenkschrift betrifft freilich nicht die Lage von Agrariern, sondern die Verhältnisse vieler hunderttausender Arbeiter. Würde Fürst Bülow etwa in den Parlamentsakten nachsehen, ob und was denn überhaupt schon im Parlament zur Ausmerzung der Hüttenwerksmissstände geschehen ist, so würde er finden, daß die Gesetzgebung die Hüttenarbeiter bisher als „Stiefkinder“ behandelte und es auch hier wieder die sozialdemokratische Fraktion gewesen ist, deren Vertreter das Eingreifen der Gesetzgebung zum Schutze der Hüttenleute gefordert haben.

In der Sitzung des Reichstages vom 6. Februar 1906 schilderte der sozialdemokratische Abgeordnete Hue das leidensvolle Dasein der Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken. Er machte aufsehenerregende Angaben über die unmenschlich lange Arbeitszeiten, die Abhebung der Hüttenleute, über die grauenhaften „sanitären Einrichtungen“; er teilte mit, wie Krankheiten und Unfälle unter den Hüttenwerkarbeitern verheerend wirken. Es war das erste Mal, daß im Reichstag die Verhältnisse der Hüttenleute derart kargelegt wurden. Es war wieder die Sozialdemokratie, die die Gesetzgebung auf dieses schwerverwundete Gebiet hinwies. Es waren bürgerliche Blätter, die über die Rede unseres Genossen schrieben, er habe „der Gesetzgebung ein neues Land“ gezeigt. Wer die Blätter unserer Parlamentsgeschichte studiert, wird entdecken, daß insbesondere auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes die sozialdemokratischen Abgeordneten fast immer die Ausräger und Wegweiser waren. Von den Forderungen, die unsere Genossen Diebel, Frißsche, Liebknecht usw. seit dem Jahre 1869 und im Jahre 1877 in ihrem großen Arbeiterschutzesentwurf aufstellten, zehren heute noch die bürgerlichen Sozialpolitiker im reichen Maße.

Es war die sozialdemokratische Fraktion, die während den Weg zum Hüttenarbeiterschutzgesetz einschlug. Unsere Genossen beantragten im Reichstag eine Resolution folgenden Inhalts:

Der Reichstag wolle beschließen den Reichskanzler zu ersuchen, daß eine eingehende Untersuchung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der Großeisenindustrie eingeleitet werde. Die Untersuchung wäre unter anderem auf folgende Punkte zu erstrecken:

1. über die Dauer der täglichen Arbeitszeit oder die Dauer der Arbeitsschichten;
2. über die Ueberstunden und Ueberarbeiten unter Berücksichtigung der Zahl der Ueberarbeit leistenden Arbeiter für jedes einzelne Werk sowie der auf jeden Arbeiter entfallenden durchschnittlichen Zahl der Arbeitstunden;
3. über die Einwirkung der Arbeitszeit sowie der Nacht- und Ueberarbeit auf die Unfallhäufigkeit und die Erkrankungsgefahr für die Arbeiter;
4. über die Durchführung und die Wirkung der bis jetzt erlassenen Schutzbestimmungen für die Arbeiter;
5. über die von den Verwaltungen getroffenen Einrichtungen, wie Waschgelegenheit, Badeeinrichtungen, Räume zum Einnehmen von Mähzeiten usw.

Die Resolution wurde am 27. Mai 1906 gegen die Stimmen der konservativen Fraktion und fast aller Nationalliberalen angenommen. Diesen ersten gesetzgeberischen Akt zugunsten eines Hüttenarbeiterschutzgesetzes haben die Sozialdemokraten bewerkstelligt, dieselben Sozialdemokraten, denen der Reichskanzler „stetige Verneinungspolitik“ vorzuwerfen mag.

Für die Geschichte des Hüttenarbeiterschutzes, der vorerst noch verlangt wird, ist es von Bedeutung festzustellen, wer versucht hat, die Hüttenherrscher zu berteiligen, die sozialdemokratischen Anläge als haltlos hinzustellen. Das unternehmen in der Sitzung vom 12. Februar der nationalliberalen Reichs- und Landtagsabg. Dr. Beumer und Herr Abg. Stöcker, einer der Inspiratoren der „christlich-nationalen Arbeiterbewegung“. Von Herrn Beumer, dem Generalsekretär der Eisen- und Stahlindustriellen Rheinland-Westfalens, können seine Brotherrn verlangen, daß er wenigstens versucht, aus schwarz weiß zu machen. Aber Herr Stöcker, dessen Dallesblätter nun auch von der christlichen Gewerkschaftspresse empfohlen werden, hat sich bei der Debatte über die Hüttenarbeiterzustände mindestens als ein sozialpolitischer Nichtswisser gekennzeichnet. Der würdige Herr Hofprediger a. D. sagte:

„Das Schauerbild, das neulich Herr Hue entworfen, aber Herr Abgeordneter Beumer widerlegt (!) hat, trifft nicht zu. Das sind Betrügereien einzelner Fälle und Uebertreibungen von Wirklichkeiten. Ich bin in einem Wahlkreise gewählt, wo die Eisen- und Stahlindustrie sehr bedeutend ist. Ich habe von jenen Greueln nichts erfahren (!). Das aber können Sie glauben, daß die Arbeiter, die mich wählen mich auch in Kenntnis setzen würden, wenn solche Schauermärchen irgendwie (!) Wahrheit wären. Aber

das Beispiel vom Siegerland beweist eben, daß man mit Christlichen und nationalen, mit verständigen sozialen Gedanken eine Arbeiterschaft vor der roten Fahne behüten kann. Ich bin mit Ausnahme einer Session seit 25 Jahren der Abgeordnete dieses Kreises.“

Für Herrn Stöcker, dem Prediger der christlichen Nächstenliebe, genügt es, wenn ein Sozialdemokrat irgend eine Behauptung aufstellt, um sie ohne Beweiskrupel sofort als „unwahr“ abzuweisen. Genosse Hue hat im Reichstag am 17. Februar 1906 den Herrn Stöcker scharf zurückgewiesen und gleich mit einigen Einzelheiten festgestellt. Herr Stöcker habe sich während der 25 Jahre um die Lage der Hüttenarbeiter in seinem Wahlkreise (Siegen) nicht gekümmert. In der Denkschrift des Metallarbeiterverbandes hat auch eine Abhandlung des Genossen Hue, betitelt: „Aus dem Reiche des Hofpredigers a. D. Stöcker“, Aufnahme gefunden. Die Abhandlung ist das Resultat einer im Herbst 1906 von Hue und dem Genossen Spiegel-Düsseldorf unternommenen Untersuchung Siegerländer Hüttenarbeiterzustände, an Ort und Stelle vorgenommen. Herr Stöcker, der der Sozialdemokratie ohne Besinnung immerfort „Unwahrheit“, „Schädigung der Arbeiterinteressen“ vorwirft, wird Punkt für Punkt nachgewiesen, daß er sich entweder in der unverantwortlichsten Weise nicht um die Verhältnisse der Arbeiter in seinem Wahlkreise kümmert, oder wider besseres Wissen den sozialdemokratischen Vertreter verleumdet hat! Zwölfstündige regelmäßige, auf 24 bis 36 Stunden ausgedehnte Arbeitszeiten sind auch im Siegerlande üblich! Auch dort gibt es für die Feuerleute keine regelmäßigen Essenszeiten. Schauerhafte, „sanitäre Zustände“ herrschen auch im Siegerlande, zum Teil noch schlimmer als wie sie der sozialdemokratische Vertreter im Reichstage geschildert hatte. Aber Herr Stöcker deckt den Mantel christlicher Blindheit über diese „nationalen“ Missstände.

Unumstößlich steht fest: als die Sozialdemokratie in der gesetzgeberischen Versammlung die dringende Schutzbedürftigkeit der Hütten- und Walzwerkarbeiter mit unanfechtbarem Material nachwies und gesetzliche Reformen verlangte, da waren es ein nationalliberaler und ein „christlich-sozialer“ Vertreter, die beide den geforderten Hüttenarbeiterschutz für nicht begründet erklärten. Das Zentrum schlug seine alte Taktik ein; es ließ in der Reichstagsitzung vom 9. Februar 1906 durch den Abg. Giesberts wesentlich befristeten und unterstreichen, was der sozialdemokratische Redner drei Tage vorher ausgeführt hatte, brachte auch einen dem sozialdemokratischen nachgebildeten Antrag ein. Wer nur die Zentrumsnahzitate kennt, könnte freilich zu der Ansicht kommen, dem Zentrum gebühre das Verdienst, die Sache der Hüttenleute vor allen anderen Parteien vertreten zu haben. In Wirklichkeit gebührt dies Verdienst der angeblich „negierenden“, „arbeiterschädigenden“ Sozialdemokratie.

Vom Regierungstisch sind keine Einwendungen gegen die Darstellung der Hüttenwerksmissstände erhoben worden. Auch später wurde nicht einmal der Versuch gemacht. Was hat nun die Regierung des „positiven“ Fürsten Bülow in der Sache positiv getan? Aus der unterm 11. März 1907 dem Reichstage zugegangenen „Ueberzicht“ der vom Bundesrat gefaßten Entscheidungen auf Beschlüsse des Reichstages erfahren wir, daß der Reichstagsbeschluss betreffend Vornahme von Untersuchungen über die Hüttenwerkszustände vom Bundesrate „dem Reichskanzler überwiesen“ ist. Ob dieser irgend etwas Positives auch nur für die Einleitung der Untersuchungen getan, steht nicht in der amtlichen Druckschrift. Derartig gleichgültig behandelt der Reichskanzler Fürst Bülow eine Arbeiterschutzfrage von außerordentlicher Bedeutung! Und dieser Mann wirft der Sozialdemokratie — „negative Politik“ vor. Die Verhältnisse der Hüttenarbeiter bedürfen dringend einer Reform im Interesse des Allgemeinwohls. Diese Tatsache könnte der Reichskanzler schon den Berichten der Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften oder auch den letzten Gewerbeinspektorenberichten entnehmen, wenn der „große, positive Geist“ sich die Zeit nähme, sich um solche „Kleinigkeiten“ zu kümmern. Was nun die Enquete des Metallarbeiterverbandes an Material zur Begründung eines Hüttenarbeiterschutzgesetzes beibringt, darf von der Gesetzgebung erst recht nicht übersehen werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat denn auch die Konsequenzen aus dem vorliegenden Material gezogen. Sie reichte unterm 9. März 1907 folgenden Antrag ein:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund des § 120a der Reichsgewerbeordnung zum Schutze der in Walz-, Hüttenwerken und Metallschleifereien beschäftigten Arbeiter Verordnungen zu erlassen, die bestimmen:

1. die Festsetzung der Dauer der Arbeitszeit sowie die Einführung der achtstündigen Arbeitsschicht für die in den Feuerbetrieben beschäftigten Arbeiter,
2. Einschränkung der Ueberarbeit,
3. strenge Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften,
4. sanitäre Einrichtungen der Arbeitsräume, Anwendung von Staubsauganlagen in den Metallschleifereien, Einrichtung und gute Instandhaltung von Wasch- und Badeanstalten, Ankleide- und Speiseräume und Bereitstellung von Erfrischungsmitteln.

Dieser Antrag wird den bürgerlichen Parteien Gelegenheit geben, ihr während der Wahlzeit von Arbeiterfreundlichkeit überströmendes Herz auch „positiv“ zu zeigen. Im vorigen Jahre hat die sozialdemokratische Fraktion Untersuchungen beantragt. Dem hat der Reichstag zugestimmt. Der Reichskanzler hat dem Antrage aber keine Folge gegeben, wenigstens ist darüber nichts bekannt geworden. Auf Grund der privaten und gewerkschaftlichen Untersuchungen beantragt die sozialdemokratische Fraktion jetzt den Erlass von Bundesratsverordnungen zum Schutze der Hüttenleute. Damit soll der Anfang gemacht werden. Das Ergebnis der vorjährig vom Reichstage verlangten, von der Regierung auszuführenden allgemeinen Untersuchung der Arbeiterverhältnisse wird die Unterlage für das dringend nötige Schutzgesetz bilden müssen. Wen gegen Einsicht nicht eine Rhinogeroshaut schützt, erreicht auch aus diesem Hergang, daß die sozialdemokratische Partei keineswegs „pure Verneinungspolitik“ treibt, auch nicht „alles oder nichts“ verlangt, sondern stets auf allen Gebieten der Sozialreform positive, praktisch sofort durchführbare Vorschläge gemacht hat.

Nunmehr liegt es an den bürgerlichen Parteien im Reichstage und an der Regierung, ihre so oft und oft lärmend betonte Arbeiterfreundlichkeit praktisch zu beweisen. Die Arbeiter mögen acht geben, welche Partei es ernsthaft mit der arbeitserfreundlichen Sozialgesetzgebung meint. Die Hüttenarbeiterfrage ist ein ausgezeichnetes Prüfstein für die negierende Sozialpolitik des „positiven“ Fürsten Bülow.

## Reichsverbandsklagen über „sozialdemokratische Pumpwirtschaft“.

Die von der Koalition des Reichsverbandsverbandes beriefene bürgerliche Presse enthält einen Artikel, der sich mit dem Rechnungswesen des Parteivorstandes der Sozialdemokratie beschäftigt.

In dem Nachwort wird behauptet, daß früher, so lange der alte Liebknecht noch lebte und sein wachsam Auge auf dem Rechnungswesen ruhen ließ, „ganz geordnete Verhältnisse“ geherrscht hätten. Nach dem Tode Liebknechts sei aber durch übermäßige Genährung von Darlehen liederliche Wirtschaft eingetrisen. Am schlimmsten hätte sich diese Entwicklung in den Jahren 1905 und 1906 gezeigt.

Im erstereu halte die Darlehnskasse eine Einnahme von 55 262,50 M. Darlehen gewährte die Kasse in Höhe von 152 144 M., also etwa ein Fünftel der Einnahme. . . . Man sieht, die Parteikasse wird immer mehr Pumpinstitut, die Rückzahlung der Darlehen wird immer geringer. . . . Das Jahr 1906 hat diese Bestimmung denn auch in verblüffender Weise zum Ausdruck gebracht. . . . Das Darlehnskonto steht in der Einnahme mit 15 300 M. da! Es wurde also der zehnte Teil der 1905 verborgten Gelder zurückgezahlt. In den Ausgaben aber steht das Unterstützungskonto mit 132 020,00 M. und das Darlehnskonto mit 327 606 M. Das ist mehr als der dritte Teil der Einnahmen. Es sind Darlehen in zwanzigmal größerer Höhe gewährt, als zurückgezahlt worden, und da, wer als Darlehnsnehmer keine Zinsen zahlen kann, auch keine zu zahlen braucht, an Rückzahlung des Kapitals ebenfalls nicht weiter zu denken hat, so steht die sozialdemokratische Parteikasse mit ihren Haupteinnahmen an Arbeitergroßen ein großes Pumpinstitut unrettbarer Art dar!

Damit das Ganze den Eindruck mancherbareren Darlegung macht, wird noch hinzugefügt: „Die Zahlen sind den Protokollen über die Verhandlungen der Parteitage der angeführten Jahre entnommen, die im Verlage des „Vorwärts“ erschienen sind. Die Ausgaben für 1906 entstammen den als Beilagen des „Vorwärts“ herausgegebenen Berichten an den Mannheimer Parteitag und befinden sich dort auf Seite 44—45. An der Richtigkeit läßt sich also nicht rütteln, selbst nicht von der Sozialdemokratie.“

Die angeführten Zahlen sind richtig. Die Sozialdemokratie, die nichts zu verheimlichen hat, legt im Gegenzug zu allen anderen Parteien, öffentlich vor aller Welt Rechnung. In den Protokollen befinden sich aber, wenige Zeilen von den zitierten Zahlen entfernt, auch eingehende Erklärungen, die darlegen, warum eine bestimmte Ausgabe in einen bestimmten Zeitraum sich hoch oder niedriger gestaltet.

So heißt es in dem Kassenbericht vom Jahre 1905:

„Weiter sind auch die in der Entwicklung etwas zurückgebliebenen Parteiblätter, wie die gegen das Vorjahr um dreifach höhere Prehanterstützung beweis, häufig gefördert worden. Auch die mit 152 144 Mark zur Ausgabe gelangten Darlehen dienten in erster Linie zur Förderung unserer Presse, indem sie, mit Ausnahme einiger zu anderen Zwecken gegebenen Summen, denjenigen parteigenössigen Unternehmungen zur Verfügung gestellt wurden, die zwar in erfreulichster Aufschwung begriffen sind, aber doch nicht in der Lage waren, die Kosten notwendig gewordenen Vergrößerungen sofort aus eigenen Mitteln bestreiten zu können.“

Im Kassenbericht vom Jahre 1906 heißt es zu den Ausgaben: „Eine unverhältnismäßige Höhe hat das Darlehnskonto mit 327 606 Mark erreicht. Abgesehen von einem größeren Darlehn, das einer durch wiederholte Ausperrungen in Bedrängnis geratenen Gewerkschaft gegeben wurde, sowie einigen Weihen zur Errichtung und Erhaltung von Gewerkschaftshäusern, die zugleich Versammlungsorte unserer Partei sind, wurden auch diese Ausgaben fast ausschließlich im Interesse unserer Parteipresse gemacht.“

Was im eminentesten Parteinteresse, weil der Aufschwung der Parteipresse die Parteidruckerien zu großartiger Erweiterung ihrer technischen Einrichtungen, Herstellung von Neubauten, Erwerb von Grundstücken usw. zwang, wurden die Darlehen gegeben. Selbstverständlich waren die betreffenden Geschäfte, die bei den Umänderungen ihre eigenen verfügbaren Mittel mit verbraucht hatten,

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigenzeile oder deren Raum 50 Hg. für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Hg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Hg., jedes weitere Wort 10 Hg. Stellengefühe und Wchlellen-Anzeigen das erste Wort 10 Hg., jedes weitere Wort 5 Hg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Monate. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

nicht sofort in der Lage, umfangreiche Rückzahlungen machen zu können. Er wies sich doch bei verschiedenen der geforderten Erweiterungen als bald wiederum als ungenügend, so daß weitere Mittel zu erneuter Vergrößerung gebraucht wurden.

Der Ausgleich zwischen Ab- und Zufluß im Darlehnskonto vollzieht sich naturgemäß in einem längeren Zeitraum. Das ist im „Rechnungswesen“ der sozialdemokratischen Partei schon immer so gewesen.

So weist beispielsweise das Jahr 1904 eine Einnahme im Darlehnskonto von 104 731,76 Mark auf, während die Ausgabe nur 39 100 Mark betrug.

So wird auch in den nächsten Jahren — normale Zeitumstände vorausgesetzt — der Rückfluß der Darlehen wieder ein stärkerer werden.

Für das Jahr 1906, in dem die Gewährung von Darlehen eine unerschöpfliche Höhe erreichte, wurden außerdem noch genaue Angaben darüber gemacht, in welche Landesteile die Darlehen geflossen sind. (Seite 168 und 169 des Protokolls.)

Außerdem liegen während der Verhandlungen des Parteitagess über den Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes die Kassensbücher für jeden Delegierten offen aus, so daß sich also jeder legitimierte Vertreter der Partei auf das genaueste überzeugen kann, wer die Darlehnsempfänger waren, ganz abgesehen davon, daß die vom Parteivorstande ganz unabhängige Kontrollkommission der sozialdemokratischen Partei den Sachverhalt, der zur Gewährung eines Darlehns geführt hat, in jedem einzelnen Falle genau prüft.

Die Ausführungen, die der Delegierte von Hannover, Genosse Reimer, auf dem Parteitag in Hannover im Jahre 1906 zu dem Kapitel der Darlehen machte, zeigen am besten, wie auch die ältesten und bestfundiertesten Parteioptionen in die Lage kommen können, ein Darlehen aufzunehmen zu müssen; sie zeigen aber auch weiter, was es mit dem „großen Pumpsinstitut unerschöpflicher Art“ für eine Verwandtschaft hat.

Genosse Reimer führte aus: „Wenn davon gesprochen wird, daß wir Hannoveraner 58 972 M. von der Zentralkasse erhalten hätten, so darf dabei nicht übersehen werden, daß 55 000 M. davon Darlehen waren. Diese Darlehen wurden ganz aus den Leistungen der Zentralkasse für die Wahlkreise ausbezahlt, weil der Vorstand sein Geld ja zu einem hohen Zinsfuße verliehen hat. Das ist keine besondere Leistung, die als Unterstützung in Anrechnung gebracht werden darf. Wir hätten das Geld auch von anders her borgen können; das wird es vom Parteivorstande nahmen, ist ein besonderes Entgegenkommen von unserer Seite. Wir haben in Hannover ein Geschäft errichtet, das 250 000 M. geflohen hat. Der wertvollste Teil der Summe ist von Hannover allein aufgebracht, der Rest ist entliehen worden.“

Diese ihnen wohlbekannten Tatsachen veranschaulichen natürlich die Dreifachheit des Reichsliggenverbandes gestiftet. Dafür spricht das Gefühl am Schluß des Artikels noch folgenden Zauschestrabl gegen die sozialdemokratische Partei:

„Die Hälfte der Einnahmen des Jahres wird verborgt und verpfändet, niemand weiß recht, an wen. Zurückgezahlt wird nichts, Zinsen werden auch nicht gezahlt. Eine herrliche Wirtschaft! In der Tat, eine herrliche Wirtschaft! — Psiu Teufel über dies Lügengefindel des Reichsverbandes!“

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. März 1907.

### Ferien-Eile.

Die Probezeit für das Vorkandidatum des Reichstages ist vorüber. Heute wurde die geschäftsordnungsmäßig nach vierwöchentlicher Karezzeit vorzunehmende endgültige Präsidentenwahl vollzogen; dabei wurden für den Präsidenten, Graf v. Stolberg, 192 Stimmen abgegeben, 133 Stimmentzettel waren unbeschrieben. Abgeordneter Paasche erhielt als erster Vizepräsident 101 Stimmen, Abgeordneter Raempff als zweiter Vizepräsident 180.

Es folgte die zweite Beratung des Notgesetzes für die Schutzgebiete, bei der es zu etatsrechtlichen Auseinandersetzungen kam, die eine Uebereinstimmung des ganzen Hauses mit den vom Unterstaatssekretär Töwele im Namen der verbündeten Regierungen abgegebenen Erklärungen ergab und darum auch zur einstimmigen Ablehnung des in dieser Beziehung von der Mehrheit der Budgetkommission irtümlich beschlossenen Antrages führte. Genosse Singer gab für die sozialdemokratische Fraktion die Erklärung ab, daß sie unbeschadet ihrer prinzipiellen Stellung zum Etat die etatsrechtliche Erklärung des Regierungsvertreters teile.

Daran schloß sich die dritte Beratung des Notgesetzes zum Hauptetat, die sich ohne Debatte vollzog. In der Abstimmung wurden die beiden Notgesetze, die der Regierung vorläufig zwei Fünftel des Etats bewilligen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Bemessung des Kontingentsfußes für landwirtschaftliche Brennereien, vollzog sich ebenfalls ohne Debatte. Der Entwurf wurde angenommen.

Da die Regierung durch den Staatssekretär Grafen Pasadowsty die Erklärung abgeben ließ, daß sie die Interpellationen des Zentrums und der sozialdemokratischen Fraktion bezüglich der Grubenkatastrophen in Klein-Rosfeld in einer späteren Sitzung, zu der ein technischer Beamter sowie der preussische Handelsminister hinzugezogen werden müsse, beantworten werde, so schied diese Angelegenheit aus der heutigen Tagesordnung aus.

Der Präsident gab zum Schluß dem Hause eine Mitteilung des Reichskanzlers bekannt, betreffend die Konferenz im Zimmer der sozialdemokratischen Fraktion. Die Frage der polizeilichen Anmeldepflicht sei — so meldete Graf Stolberg — von der Polizei nicht aufgeworfen worden; die Polizei habe nichts beantragt und der Staatsanwalt habe in dieser Sache nichts getan. Sollten weitere Ermittlungen die Angelegenheit anders erscheinen lassen, dann werde die Staatsregierung dem Präsidium des Reichstages Nachricht geben.

Anmehre beräumte der Präsident eine neue Sitzung auf eine halbe Stunde später an, um die dringendsten Sachen noch zu erledigen und die Osterferien beginnen zu lassen.

In dieser Sitzung wurden schnell nacheinander in dritter Beratung der Vertrag zwischen Deutschland und Luxemburg über den Beitritt Luxemburgs zur norddeutschen Brauereigemeinschaft, das Notstandsgesetz für die Schutzgebiete und das Gesetz über die Liebesgabe an die Schnapsbrenner ohne Debatte vollzogen. Dann ging das Haus in die Ferien.

Die nächste Sitzung findet am 10. April statt.

### Preussisches Volksschulwesen.

Das Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch die Beratung des Kultusetats beim Kapitel Elementarunterrichtswesen fortgesetzt. Die Debatte, die in den letzten Tagen einen hochpolitischen Charakter getragen hatte, sank wieder auf das gewöhnliche Niveau des Hauses; sie beschränkte sich völlig in Einzelheiten. Trotzdem ist auch dieser Erörterung die Bedeutung nicht abzusprechen; denn in ihrer Gesamtheit ergaben die vorgetragenen Einzelfälle ein Bild von den preussischen Volksschulzuständen, das geradezu trostlos ist und zur schärfsten Kritik herausfordert.

Wir sehen ganz von dem vom Abg. Dasbach zur Sprache gebrachten Fällen von Wahlbeeinflussungen der Lehrer durch ihre Kreisinspektoren ab. Was wollen diese Fälle sagen gegen

über der ungesunden Wahlbeeinflussung, die im ganzen Reich geistert ist und die unseren Genossen Pflüger und Weibel ein so wichtiges Auflagematerial gegen die Regierung und die bürgerlichen Parteien liefert! Außerdem sind wir es ja naderhande gewöhnt, daß alles, was in Preußen Beamteneigenschaft hat, von der Regierung in den Dienst der „nationalen“ Sache gestellt wird. Die Regierung vertreibt die Anschauung, daß die Beamten ihr nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern zugleich auch ihre politische Gesinnung zu verkaufen haben.

Die alljährlich, so wurde auch diesmal wieder lebhaft über „die Schulkassen auf dem platten Lande“ geklagt. Das im vorigen Jahre verabschiedete Schulkassensatzungsgesetz hat diese Klagen nicht verringert, sondern eher vermehrt. Wie die Regierung bei der Regelung der Lehrergehälter verfährt, dafür wurde eine ganze Reihe das System Stadt charakterisierende Beispiele aufgezählt: Für die Lehrer, die gleichzeitig ein Amtseigentum besitzen, hat Herr Studt einfach angeordnet, daß die 400 Mark übersteigende Entschädigung für dieses Amtseigentum auf ihr Grundgehalt angerechnet, d. h. daß das Grundgehalt um so viel gekürzt wird! Staatliche, den Gemeinden versprochene Zuschüsse werden einfach wieder zurückgezogen usw. In welche Verlegenheit dadurch ärmere Gemeinden geraten, die vielfeicht im Vertrauen auf die Zusage der Regierung einen zweiten Lehrer angestellt haben, und wie das Schulwesen darunter leidet, das bedarf keiner näheren Erklärung. Auch das ist charakteristisch, daß die Regierung bezw. deren Organe sich nicht scheuen, den Gemeinden mit Entziehung der Staatsbeiträge zu drohen, falls sie die Lehrergehälter erhöhen! — Der Minister blies allen diesen schweren Anklagen gegenüber stumm; er überließ seine Verteidigung dem Ministerialdirektor Schwarzkopff, der sich leicht damit ausreden konnte, daß ihm die meisten Fälle unbekannt, oder daß die Abgeordneten falsch unterrichtet sind.

Am Schluß der Sitzung beriet das Haus noch einige Anträge, die darauf hinausliefen, die Ostmarkenzulagen zu erhöhen. Mit Rücksicht auf die schwache Besetzung wurde die Abstimmung bis zur dritten Lesung des Etats vertagt.

Vorher hatte das Haus in Anbetracht des Umstandes, daß der Etat nicht rechtzeitig fertig wird, einen Antrag, der die Regierung zu Ausgaben in gewissen Grenzen ermächtigt, der Budgetkommission überwies.

### Liberaler Ministerführer.

Die liberalen Blockverbündeten, die im Reichstag so überaus bescheiden aufgetreten sind, hatten erwartet, daß sich die Regierung dafür wenigstens in anderer Weise erkenntlich zeigen würde. Ihre bedingungslose Zustimmung zur Welt- und Kolonialpolitik und ihre Resignation gegenüber der Agrarpolitik hofften sie durch einige kleine Konzessionen auf dem Gebiete der preussischen Politik belohnt zu sehen. So rechneten sie darauf, daß im Landtag dem liberalen Antrag auf sachmännische Schulaufsicht an Stelle der geistlichen Schulaufsicht von der Regierung ein gewisses Entgegenkommen bewiesen werde. Nun hat aber die preussische Regierung durch Herrn von Studt ganz im Gegenteil ein Votiv auf die geistliche Schulaufsicht gefunden. Dieser schände undank für alle liberalen Liebesdienste hat selbst den Liberalismus einigermaßen in Harnisch gebracht. So behauptet der Freiherr von Zedlitz, daß er auf Grund von Unterhandlungen in der Wilhelmstraße 77 eine entgegenkommendere Antwort des Kultusministers zu erwarten Veranlassung gehabt habe. Die freisinnige „Königsberger Zeitung“ behauptet, daß Bülow zu einer Konzession bereit gewesen sei, daß er jedoch der gegen ihn bestehenden Fronte unter der Führung des Grafen Pasadowsty und des Freiherrn von Rheinbaben erlegen sei. Es sei deshalb notwendig, daß der Reichskanzler, falls er sein Paarungsprogramm in die Tat umsetzen wolle, bald „reinen Tisch“ mache. Die Studt und Stengel könne er ja auch leicht über die Klinge springen lassen. Anders sehe es mit Rheinbaben und Pasadowsty, „Männern von reichem Wissen, großer Begabung und seltener Arbeitskraft“. Vor allem werde auch Pasadowstys Abgang, als des Ministers für Sozialpolitik, im liberalen Bürgerium schmerzlich empfunden werden. Allein seiner Tätigkeit sehe ja schon das Aller Schlimmste, auch liege sich ja wohl ein geeigneter Nachfolger finden. Wenn es also Bülow ernst sei mit seinen Zugeständnissen an liberale Forderungen, so müsse er sobald als möglich Klarheit schaffen und ein homogenes Ministerium bilden, sonst sage er sich selbst den Akt ab, auf dem er sitze.

Die konservative Presse behandelt diese ministerführerischen Umtriebe der Liberalen mit eifrigem Hohn. Zunächst erklärt die „Deutsche Tageszeitung“, daß Herr von Zedlitz einem Mißverständnis zum Opfer gefallen sei, wenn er aus seinen Unterhaltungen mit dem Reichskanzleramt gefolgert habe, daß Bülow auf einem anderen Standpunkt stehe, als der preussische Kultusminister. Von Unstimmigkeiten innerhalb der Regierung könne keine Rede sein. In einer so wichtigen Angelegenheit habe Studt nur im Sinne der Anschauungen und Absichten des leitenden Staatsmannes handeln können. Eine noch schärfere Absage erteilt die „Arcuzzeitung“ den Kulturkampfdiskussionen der Rationalisten und Freisinnigen. Der Reichskanzler, der laut und deutlich erklärt habe, daß er keinen Kulturkampf wolle und daß er sich auf keine Nebenregierung mehr einlassen könne, habe durchaus im Sinne seiner programmatischen Erklärungen gehandelt, als er das „laudinische Joch der liberalen Minderheitsparteien unbeachtet“ gelassen habe.

Es ist dem Liberalismus also einstweilen nicht einmal gelungen, das kleinste Konzessionen gegen seine Politik der Entsagung einzuhandeln. Die liberale Presse wird nach einigem Rumor wohl auch diese Enttäuschung resigniert hinnehmen. Unsere Liberalen sind nun einmal nicht aus dem Holze geschnitten, um Minister zu stürzen. Auch dieser Vorgang bestätigt vollständig unsere Voraussetzungen: Der Liberalismus wird zwar der Reaktion als willkommener Bundesgenosse gelten, solange es gilt, militärische, marinepolitische und kolonialpolitische Forderungen durchzusetzen. Sobald aber der Liberalismus den Versuch macht, als Gegenleistung dafür kulturelle Konzessionen einzuhändigen, finden sich konservative und Zentrum als treue Stützen der Regierung gegen die „liberale Minderheit“ zusammen!

Das ist die konservativ-liberale Paarung!

### Deutsches Reich.

#### Doppelte Moral.

Einen „feinen“ Unterschied weiß die „National-Zeitung“ zwischen der Veröffentlichung veruntreuter Briefe und amtlicher Aktenstücke einerseits und der Veröffentlichung veruntreuter vertraulicher Zirkulare von Parteinstanzen andererseits zu machen. Das erstere ist ein Verbrechen, das zweite eine löbliche Tat. Dieser Unterschied, so meint die „National-Zeitung“ ist „nur für Leute nicht wahrnehmbar, die in ihren Anschauungen über Discretion und Eid von sozialdemokratischer Vorurteilslosigkeit sind.“

Wohl wohl sein, denn wir stehen allerdings auf dem Standpunkt, daß eine Veruntreuung eine Veruntreuung ist und halten die freiwillig übernommene Verpflichtung des Mannes, vertrauliche Angelegenheiten seiner Partei den Gegnern nicht zu verraten, für

ebenso heilig, wie den Amteid des Beamten und das Briefgeheimnis. Der Veruntreuer veruntreuter vertraulicher Zirkulare kann deshalb nicht gut anders bewertet werden, als der Veruntreuer veruntreuter Briefe oder amtlicher Aktenstücke. Uebrigens fällt die „National-Zeitung“, wenn sie uns einer „Enttäuschungskomödie“ wegen ihrer Veruntreuung des veruntreuten Materials bezichtigt. Wie jeder Leser unserer gestrigen Notiz weiß, die „National-Zeitung“ inbegreifen, haben wir uns nicht enttäuscht, sondern eine nüchterne Anfrage gestellt, die nicht den Zweck hatte, die „National-Zeitung“ wegen der Veröffentlichung veruntreuten Materials anzulügen, sondern ihre doppelte Moral zu kennzeichnen. Wir verübeln es der „National-Zeitung“ durchaus nicht, wenn sie sich auf den Standpunkt stellt:

„... Was geht es schließlich uns an, wenn die Empfänger „vertraulicher Zirkulare“ allerhöchster Parteinstanzen nicht bicht halten? Und wenn uns solche Zirkulare „auf den Redaktionstisch fliegen“ — glaubt der „Vorwärts“, wir wären die Karren, sie ihm postwendend zurückzuschicken? „A la guerra comme à la guerra.“

Wir denken nicht daran, wie die „National-Zeitung“ wiederum fälschlich behauptet, uns darüber zu beklagen. Wogegen wir uns wandten und wenden, das ist die erbärmliche Suchelei der Ordnungspresse und der „National-Zeitung“ insbesondere, die jede Veröffentlichung veruntreuter Schriftstücke, die in der gegnerischen Presse erfolgt, eine unehrliche und unanständige Handlung faßt, dabei selbst ohne jedes Bedenken solche Veröffentlichung veruntreuter Schriftstücke der Gegenseite vornimmt, die Gleichheit der Handlung aber dann mit Rabulistikereien über den Unterschied zwischen Briefen und Zirkularen aus der Welt zu lägen sucht!

#### Wenn zwei dasselbe tun!

Es ist ja inzwischen festgestellt worden, daß die von dem Scherl-Matt mitgeteilte angebliche Staatsanwaltschaftliche Aktion wegen der sozialdemokratischen Redakteurkonferenz nur der Phantastie eines Scherl-Schmucks entstammt. Nicht die Staatsanwaltschaft, sondern die Polizei hat sich für diese Zusammenkunft interessiert. Der Seniorsenator des Reichstages hat sich einmütig gegen den polizeilichen Uebereifer ausgesprochen. Auch die bürgerliche Presse in ihrer Mehrheit war einsichtig genug, das exzeptionelle Interesse der Behörden für eine sozialdemokratische Konferenz für unangemessen zu erklären, da bei ganz gleichartigen bürgerlichen Veranstaltungen ein solches Interesse niemals an den Tag getreten war. Die Akten über diese Staatsaktion können deshalb geschlossen werden.

Zimmerlin verdient es verzeichnet zu werden, daß sich gleichwohl einige agrarische und antisemitische Blätter gefunden haben, die auch bei dieser Gelegenheit ihre Schwärmerie für eine ausnahmegesetzliche Behandlung der Sozialdemokratie nicht bemerken konnten. So erklärte die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer gestrigen Abendnummer, daß es ja richtig sei, daß auch andere Parteien im Reichstag dergleichen Konferenzen veranstalten hätten. Es werde sich jedoch darum handeln, genau zu prüfen, ob die Konferenz als eine Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes aufgestellt werden könnte. Die Prüfung dieses Tatbestandes bei den früheren Konferenzen anderer Parteien entzichte sich der Beurteilung. Im vorliegenden Falle jedoch sei die Staatsanwaltschaft verpflichtet gewesen, einzuschreiten, wenn nach ihrer Auffassung eine polizeilich nicht angemeldete Versammlung stattgefunden habe. — Unverständiger noch tritt die Schwärmerie für das zweierlei Maß der gesetzlichen Behandlung im „Reich“ hervor. Dies konservativ-antisemitische Organ hält es trotz des Zugeständnisses der bürgerlichen Presse, daß auch von den bürgerlichen Parteien wiederholt ähnliche Veranstaltungen im Reichstagsgebäude stattgefunden haben, für „ganz unrichtig“, der Sozialdemokratie gleiche Rechte einzuräumen. Die Sozialdemokratie treibe mit dem Rechte der Abgeordneten zur Benutzung der Konferenzzimmer so „groben Unfug“, daß die Staatsanwaltschaft dem „Unweisen“ unbedingt steuern müsse. Den „Vertretern von Staat und Gesellschaft“ dürfe „im Reichstagshaus kein Asylrecht“ eingeräumt werden.

Die bürgerlichen Parteien dürfen also im Reichstagsgebäude Konferenzen aller Art abhalten, an denen auch zahlreiche Reichsparlamentarier teilnehmen. Sobald aber die Sozialdemokratie das gleiche Recht in Anspruch nimmt, hat die Staatsanwaltschaft gegen sie vorzugehen!

#### Reichstagsleistung des liberal-konservativen Blocks.

Die „Antisozialdemokratische Korrespondenz“ vermißt in den bisherigen Reichstagsverhandlungen jeden Versuch einer Darlegung der „Grundzüge antisozialdemokratischer Politik“ und erteilt deshalb dem unter dem Zeichen des liberal-konservativen Paarungstriebes stehenden Reichstag eine schlechte Jenjur. Sie schreibt:

„Die bisherigen Verhandlungen dieses Reichstages können — von ganz wenigen und vereinzelten Lichtblenden abgesehen — nur als der Ausdruck zunehmender parlamentarischer Verwilderung eingeschätzt werden. Die Aufgaben des Reichstages sind politischer, aber nicht agitatorischer Natur, und von den Mitgliedern des Reichstages muß man verlangen, daß sie Politik treiben und die Meinungen der Volksversammlungen hinter sich lassen. Ist durch alle die jetzt im Reichstage gehaltenen sozialdemokratischen und antisozialdemokratischen Reden irgend etwas zur Aufhellung des sozialdemokratischen Problems geschehen? Hat irgend wer auch nur den Versuch gemacht, die Grundzüge antisozialdemokratischer Politik wenigstens anzudeuten? Keiner hat es getan! Niemand ist dazu imstande gewesen! Und was wird fernherhin geschehen, wenn die Etats des Reichskanzlers, der Reichskassier und des Reichsanwalts des Innern werden beraten werden? Dann werden wir noch einmal und wiederum dieselben Vieder mit geringen Variationen zu hören bekommen. Daß der Reichskanzler solchen Verhandlungen „dieses“ Reichstages bald ferngeblieben ist, ist er nicht nur seinem persönlichen Ansehen, sondern auch der Würde seines Amtes schuldig gewesen.“

Herr Lorenz hat, was seine Bemerkungen über den Wert der antisozialdemokratischen Reden anbelangt, sicherlich recht; nur begeben wir nicht, daß er die rednerischen Leistungen des Kanzlers höher einschätzte. Es fehlen in ihnen nicht nur der Versuch einer Andeutung der Grundzüge der „antisozialdemokratischen Politik“, sondern überhaupt irgend welcher Politik.

#### Aus Württemberg.

Die württembergische Regierung hat den Ständen eine Denkschrift über eine Erhöhung der Posttarife für den Ost- und Nachbarnordbezirk vorgelegt. Die Denkschrift weist nach, daß die Tarifserhöhung im Interesse der Erhaltung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben für den Staatshaushalt nicht zu entbehren sei, da sonst die fehlenden Beträge durch einen Steuerzuschlag aufgebracht werden müßten. Es soll deshalb vom 1. April ab das Briefporto von 3 Pf. auf 5 Pf. und das Postkartenporto von 2 Pf. auf 5 Pf. erhöht werden; das Porto für Drucksachen, Geschäftsbriefe und Warenproben wird ebenfalls erhöht. Die Zweifelnigmarken und die Zweifelnigarten sollen ganz in Wegfall kommen. Die zu erwartenden Mehreinnahmen sind auf 613 000 M. geschätzt. Die Postverwaltung glaubt, daß zunächst mit einer Verkehrsverminderung zu rechnen sein werde, daß aber dieser Rückgang bald einer normalen Verkehrsentwicklung wieder Platz machen werde.





Reichstag.

28. Sitzung vom Mittwoch, den 20. März 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Frhr. von Stengel, Dernburg, Kraetle.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die definitive Wahl des Reichstages zunächst nur auf vier Wochen gewählt waren.

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten werden 325 Stimmzettel abgegeben, davon 131 unbeschriebene, also ungültige.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten werden 270 Stimmzettel abgegeben, darunter 80 unbeschriebene.

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten werden 318 Stimmzettel abgegeben, darunter 124 unbeschriebene.

Es folgt die zweite Beratung des Rotetats für die Schutzgebiete.

Die Regierung beantragt, für die Monate April und Mai je ein Zwölftel derjenigen Beträge bereitzustellen, welche im Etat für 1906 bewilligt waren.

Unterstaatssekretär des Reichsschatzamt Zweite: Die verbündeten Regierungen haben Bedenken gegen die Annahme des von der Kommission beantragten Zusatzes.

Abg. Dr. Pashke (fr. Bg.): Ich unterstreiche die Erklärung der Regierung, daß das Rotgesetz keine selbständige Vorlage ist.

Abg. Dr. Spahn (B.): Sachlich lege ich auf den Zusatz nicht sehr großen Wert. Aber die etatsrechtlichen Bedenken treffen nicht zu.

Abg. Richter (L.): Wir halten den Zusatz für überflüssig und etatsrechtlich nicht für unbedenklich und werden deshalb dagegen stimmen.

Abg. Singer (Soz.): Namens meiner Freunde habe ich zu erklären, daß wir für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage sind.

Der Zusatz der Kommission wird einstimmig abgelehnt und darauf das Rotgesetz für den Kolonialetat von der Blochmehrheit angenommen.

Der Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Etatrotgesetzes für das Reich.

Hierzu beantragen die Abgg. Kopsch (fr. Bp.), Richter (L.), Wassermann (natl.), Wiedemann von Sonnenberg (wirtsch. Bg.) den in der zweiten Beratung gestrichenen Posten für die Erwerbung eines Grundstücks in der französischen Straße in Berlin (zur Zusammenlegung mehrerer Postämter) wieder einzulegen.

Dieser Antrag wird ohne Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Polen angenommen.

Gegen die Gesamtapprobation in derselben Sitzung, obwohl eine Veränderung gegenüber den Beschlüssen in zweiter Lesung stattgefunden hat, wird Widerspruch nicht erhoben.

Diese Mitteilung geht mir soeben zu, und ich will Ihnen von ihrem Inhalt Kenntnis geben. Der Reichsanzler schreibt: Die Annahme, daß die Polizeibehörde wegen Abhaltung der Versammlung eine strafrechtliche Entscheidung bei der Staatsanwaltschaft beantragt habe...

Ich halte die Angelegenheit für den Reichstag hiermit als erledigt. (Zustimmung.) Nächste Sitzung heute nachmittags 4 1/2 Uhr. Tagesordnung: Dritte Beratung des Vertrages mit Luxemburg...

24. Sitzung vom Mittwoch, den 20. März 1907, nachmittags 4 1/2 Uhr. Am Bundesratsstische: Frhr. v. Stengel. Es werden debattelos erledigt in dritter Lesung der Vertrag mit Luxemburg...

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 10. April, 2 Uhr: Erste und eventuell zweite Beratung des Gesetzes betreffend den Gebührentarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Abg. Dr. Pashke (fr. Bg.): Ich unterstreiche die Erklärung der Regierung, daß das Rotgesetz keine selbständige Vorlage ist.

Abg. Dr. Spahn (B.): Sachlich lege ich auf den Zusatz nicht sehr großen Wert. Aber die etatsrechtlichen Bedenken treffen nicht zu.

Abg. Richter (L.): Wir halten den Zusatz für überflüssig und etatsrechtlich nicht für unbedenklich und werden deshalb dagegen stimmen.

Abg. Singer (Soz.): Namens meiner Freunde habe ich zu erklären, daß wir für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage sind.

Der Zusatz der Kommission wird einstimmig abgelehnt und darauf das Rotgesetz für den Kolonialetat von der Blochmehrheit angenommen.

Der Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Etatrotgesetzes für das Reich.

Hierzu beantragen die Abgg. Kopsch (fr. Bp.), Richter (L.), Wassermann (natl.), Wiedemann von Sonnenberg (wirtsch. Bg.) den in der zweiten Beratung gestrichenen Posten für die Erwerbung eines Grundstücks in der französischen Straße in Berlin (zur Zusammenlegung mehrerer Postämter) wieder einzulegen.

Dieser Antrag wird ohne Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Polen angenommen.

Gegen die Gesamtapprobation in derselben Sitzung, obwohl eine Veränderung gegenüber den Beschlüssen in zweiter Lesung stattgefunden hat, wird Widerspruch nicht erhoben.

In der Gesamtapprobation wird das Gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Polen und eines Teiles des Zentrums angenommen.

Debattelos wird der Gesetzentwurf betreffend Herabsetzung des Kontingentfußes für landwirtschaftliche Brennereien in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die Interpellation des Zentrums und der Sozialdemokraten betreffend die Ursachen des Grubenunglücks in Klein-Rosseln usw. in Verbindung mit der sozialdemokratischen Interpellation betreffend Maßnahmen zur Verhütung von Grubenkatastrophen.

Auf die Anfrage des Präsidenten erklärt Graf Kosobrodsky: Ich bin bereit, beide Interpellationen zu beantworten, kann aber erst in einigen Tagen den Tag mitteilen.

leidenden Stellen durch die Beihilfen verbessert werden. Wenn die Lehrer aber 1500 M. Einkommen hätten, seien die Stellen nicht notleidend.

Die Abgg. Ernst (fr. Bg.) und v. Pappenheim (L.) erklären, daß ihre Freunde für den Antrag Zierhoff stimmen würden.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Auch wir werden dem Antrag Zierhoff zustimmen. Die „Düsseldorfer Zeitung“ hat gemeldet, daß ein Landrat den Gemeinden gedroht habe...

Abg. Gassel (fr. Bp.) stellt fest, daß er in allen wesentlichen Punkten den Fall Löwenberg richtig vorgetragen habe.

Abg. Biered (fr. Bg.) begründet einen Antrag: von 1903 ab die Ostmarkenzulage für Volksschullehrer und Lehrerinnen auf 300 M. und bei einem 3000 M. übersteigenden Einkommen auf 10 Prozent zu erhöhen.

Abg. Lusenstey (natl.) begründet einen von ihm und dem Abgeordneten Ernst gestellten Antrag, nach dem die Ostmarkenzulage nach fünf Dienstjahren 300 Mark, nach fünfzehn Dienstjahren 400 Mark betragen soll.

Ein Regierungskommissar: Die Staatsregierung ist doch nicht in der Lage, einen Stand herauszugreifen aus dem ganzen Beamtenapparat.

Abg. Dr. Dietrich (B.) erklärt, daß seine Fraktion grundsätzlich gegen die Ostmarkenzulage sei und deshalb auch gegen die vorliegenden Anträge stimmen werde.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. Krüger-Marienburg (L.), Dr. Vohy (natl.), v. Krittwitz (L.), Biered (fr. Bg.) und Ernst (fr. Bg.) schließt die Debatte.

Abg. Dr. v. Heydebrand (L.) beantragt, die Abstimmung über die vorliegenden Anträge mit Rücksicht auf die schwache Besetzung des Hauses bis zur dritten Lesung auszuschieben.

Das Haus beschließt demgemäß und verlagert sich dann. Die nächste Sitzung am Donnerstag beginnt schon um 10 Uhr, da das Haus frühzeitig in die Ferien gehen will.

Die Sitzung begann mit der Beratung des Etatsrotgesetzes für die Schutzgebiete, jener Vorlage, die so stümperhaft ausgearbeitet war, daß sie dem Kolonialdirektor Dernburg zurückgegeben werden mußte.

Kolonialdirektor Dernburg konnte mit dieser Reparatur seiner unzulänglichen Vorlage zufrieden sein, aber die „Erfolge“ der letzten Zeit scheinen ihm zu Kopf gestiegen zu sein.

An diese Rede knüpfte sich natürlich eine heftige Debatte. Die Zentrumredner wiesen den von Dernburg ausgesprochenen Verdacht zurück, daß sie eine besonders knobige Notiz in der Zentrumspresse verfaßt oder inspiriert hätten.

Im übrigen erklärte das Zentrum, daß es für den Antrag Semler stimmen wolle.

Die Blochredner kritisierten die Ausschöpfung der Dernburg-Blamage in der Presse. Darauf gab Unterstaatssekretär Zweite namens der verbündeten Regierungen die Erklärung ab, daß bei solchen Rotetats, auch wenn durch ratenweise Vorbewilligung mehr genehmigt werde, als im Hauptetat verlangt wird, doch immer der Hauptetat als Grundlage der Ausgabe diene, also niemals mehr ausgegeben werden könne, als überhaupt verlangt und im Hauptetat schließlich bewilligt wird.

Petersburg, 19. März. Im Reichsrat wurde die Regierungserklärung heute abend ebenfalls durch Stolypin verlesen und hier mit Zeichen des Beifalls aufgenommen. Von drei von der Rechten, vom Zentrum und von der Linken gestellten Anträgen auf Uebertragung zur Tagesordnung wurde der des Zentrums mit großer Mehrheit angenommen. Er hat folgenden Wortlaut: Nachdem der Reichsrat die Mitteilung der Regierung zur Kenntnis genommen, gibt er seiner vollen Bereitwilligkeit Ausdruck, an der Realisierung der Pläne und Maßnahmen der Regierung mitzuwirken, die unter Verwirklichung der Entschlüsse der höchsten Macht, welche ein neues Leben in das Land rief, das Wohlergehen des Volkes und die Veruhigung des Landes als Ziel haben werden, und geht zur Tagesordnung über.

Die Reichsduma.

Petersburg, 20. März. Die Arbeitsgruppe und die Gruppe der gemäßigten Bauern beantragen, daß die Agrarkommission vor allen anderen gebildet werde. Darauf wird über die Finanz- und über die Budgetkommission verhandelt und beschlossen, die Wahl dieser Kommissionen noch aufzuschieben. Ein Antrag, eine besondere Kommission für die Organisation der Hilfeleistung in den Notlandsgebieten zu ernennen, führt zu längeren Debatten. Der Abgeordnete des Dongebietes, Kallugin, führt unter den Koffen herrliche Hungernot und viele Koffen seien genötigt zu betteln. Fedorow, Abgeordneter der Stadt Petersburg, weist darauf hin, daß es notwendig sei, in der Frage der Bekämpfung der Hungernot zu radikalen Reformen zu schreiten, da bloße Linderungsmittel zu nichts führten in einem Lande, das, wie Indien und China, ein klassisches Land der Hungernot sei.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen halten zahlreiche Redner, meist Bauern, heftige Reden und bringen alle möglichen Fälle vor, ohne jedoch einen endgültigen Vorschlag zur Hilfeleistung in den Notlandsgebieten zu machen. Roditschew weist auf die Unmöglichkeit einer direkten Hilfeleistung durch die Duma hin und fordert die Abgeordneten auf, doch dem Gesetze entsprechend vorzugehen, das ihnen gestatte, ja ihnen sogar die Pflicht mache, die Vorlegung eines Rechnungsfachberichts zu fordern und die im Ministerium des Innern zur Unterstützung der Hungernot bestehende Abteilung zu kontrollieren und so die Funktionen einer parlamentarischen Körperschaft auszuüben. (Verfall im Zentrum und auf der Rechten.) Der Antrag, die Redezeit auf fünf Minuten zu beschränken, wird von der äußersten Linken abgelehnt. Die Debatten ziehen sich sehr in die Länge.

Die Verhandlungen über die Ernennung einer Kommission für die Organisation der Hilfeleistung in den Notlandsgebieten füllten den ganzen Rest der Sitzung aus. Professor Kiese weiter, Moskau schließt sich den Ausführungen Roditschews an und betont besonders die Notwendigkeit, die Maßregeln der Regierung zur Linderung der Hungernot einer Kontrolle zu unterziehen. Redner schlägt: Wenn wir Mißbräuche sehen werden, werden wir nicht, wie der Ministerpräsident gestern sagte, der Regierung rufen: „Hände hoch!“, sondern wir werden ihr sagen: „Hand anlegen!“ — Purischewitsch, Mitglied des Verbandes des russischen Volkes, verzieht zunächst auf das Wort, worüber lebhafter Beifall entsteht, steigt dann aber doch auf die Tribüne und erklärt: Es ist klar, daß die Parteien der Linken aus der Frage der Hungernot einen Hauptteil ihrer Politik machen. Ihr Ziel ist, in der Duma einen Generalstab der Revolution zu schaffen. — Nach ihm spricht Kruschwan unter Gelächter und Scherzen des Hauses. Die Sitzung zieht sich dann hin mit Debatten über den gegen den Antrag Roditschew: die Beratung über eine Organisation zur Linderung der Hungernot zu vertagen. Die Linke greift Roditschew an und verlangt sofortige Beratung und Beschlußfassung; die Rechte unterstützt ihn. Der Präsident stellt den Antrag zur Abstimmung und die Duma nimmt ihn an. Ebenso läßt der Präsident darüber abstimmen, ob die Sitzung weiterdauern oder aufgehoben werden soll. Zentrum und Rechte stimmen für die Aufhebung, die Parteien der Linken dagegen. Die Sitzung wird also um 5 Uhr 45 Minuten aufgehoben, und das Haus vertagt sich bis zum 22. März.

Im Laufe der Debatte erklärte Purischewitsch, er könne die Erziehung der revolutionären Sozialisten in der Duma nicht begreifen, da sie doch außerhalb der Duma als eine aufrührerische und für das Land verderbliche Partei scharf verfolgt würden. (Lachen und Unruhe.)

Die Folter in Riga.

Der „Russ. Korresp.“ wird aus Riga geschrieben: Hier sind jetzt auch die Namen der 16, welche bevor sie vor dem Standgerichte erschienen, gefoltert wurden: Ferdinand Grünwald, Walerjan Schuramstij, Peter Beljajew, Karl Legsting, Jan Ruman, Paul Landmann, Jan Krummig, Jan Luz, Peter Boglis, Wilhelm Ruznef, Peter Drentus, Eduard Keining, Jan Müller, Alis Snifer, Adolf Jordan und Jan Luz. Von diesen sind 10 Mann fühllos geworden und 8 Mann — Snifer, Landmann und Luz — wurden zu Zwangsarbeit auf verschiedene lange Zeit verurteilt. Ueber die Foltern, welche Grüning und Legsting erlebt hatten, ist schon in der europäischen Presse berichtet worden. Nunmehr soll von den Folterungen gesprochen werden, welche gegen die übrigen angewandt wurden.

Rumann wurde mit Nagajas gefoltert, die entlassenen Wunden beschüttete man mit Salz. Dann deckte man sie mit einem Lappen zu und schlug weiter. Als er sich dennoch weigerte, irgend welche Aussagen zu machen, warf man ihn zu Boden und bearbeitete ihn mit Fußtritt. Belt (der Spitzname eines der Verurteilten) wurde ebenso zugerichtet, und außerdem wurden beiden die Haare bündelweise aus dem Kopfe und aus dem Parte herausgerissen. Dem Jordan wurden zwei Zähne herausgeschlagen. An dem Körper Snifers (hauptsächlich an der Nase) wurden brennende Zigaretten und Zigarren angezündet. Ueber den speziellen Foltern, welche gegen die einzelnen Angeklagten angewandt wurden, geißelte man alle unmeniglich mit Nagajas auf dem Rücken und auf dem Gesichte, so daß sie weder sitzen noch auf dem Rücken liegen konnten. Fast allen Angeklagten gab man 9 bis 8 Tage vor der Folter kein Brot und Wasser, man gab ihnen nur Hering und Heringslake! Diese letzte Folter ist, nach den Aussagen einiger der Angeklagten, fast am schmerzhaftesten. Ossi (der Spitzname eines der zu Zwangsarbeit Verurteilten) wurde entsehrlich geprügelt, und seine Geschlechtsorgane wurden schwer beschädigt. Als er nach der Beurteilung in das Zentralgefängnis transportiert werden sollte, wagte man das nicht, man ließ ihn zwei Wochen im Detektivamt, da sein Gesundheitszustand den Transport unmöglich machte. In einem Brief an seine Verwandten fleht Ossi, man solle ihm die Möglichkeit geben, sich das Leben zu nehmen, da seine Leiden ganz unerträglich seien. Während des Verhörs wurde Ossi's Mund mit Aufrufen verstopft, und einer der Detektive sagte wiederholt: „Dies mal jetzt Deine Aufrufe!“ Das Gesicht Jan Krummigs war so verhämmert, daß seine Kameraden ihn nicht erkennen konnten; es war so geschwollen, daß die Augen ganz eingefallen erschienen. Ebenso grauam wie die anderen wurden Walerjan Schuramstij und Peter Beljajew gefoltert. Der letztere befindet sich jetzt im Mitauer Gefängnis. Er teilte einem seiner Bekannten, welcher sich in einer Nachbarzelle befand, mit, wie grauam die Foltern waren, die er im Rigaer Detektivamt zu erleben hatte. Er erklärte, daß er über viele Personen ganz falsche Aussagen machte; denn er wurde dazu durch die Folterungen gezwungen. Dabei ist zu bemerken, daß einige Personen, welche sich jetzt im Mitauer Gefängnis befinden und welche beschuldigt werden, an der Ermordung des Inspektors der Mitauer Realshule teilgenommen zu haben, nur auf Grund der Aussagen Beljajews gefoltert wurden!

Der Ruf der Rigaer Detektivpolizei ist groß. Das ergibt sich daraus, daß aus Mitau, Windau, Libau und sogar aus Reval politische Gefangene zum Verhör nach Riga transportiert werden. Und endlich noch eins: Die Handlungen der Detektivpolizei sind wieder

Bei jenen. Wir sind der Meinung, wenn diese Position abgelehnt wird, kommt die Regierung nicht darum herum, uns eine Vorlage zu machen, welche Zulagen für alle Unterbeamten vorsieht. — Die Regierungsvorlage wird schließlich angenommen. Die Kommission stellt die Beratung der allgemeinen Gehaltsverhältnisse bei der Post und der inneren Organisation zurück und geht zur Beratung des Militärkredits über. Der Referent bemerkt allgemein, daß die Mehranforderungen bei der Militärverwaltung ganz erhebliche seien; in Preußen allein betrügen sie 214 Millionen Mark gegen das Vorjahr. Auf die Anfrage, wenn die Militärmacht der Kolonien in ihren Beziehungen zur Militärverwaltung unterstellt sei, gibt der Kriegsminister interessante Schilderungen über die bisherige Behandlung der Frage und erklärt, daß er es ablehnen möchte, das Kriegsministerium mit dieser Aufgabe zu beladen; das gebe zu viel Reibung zwischen Kolonialdirektor, Kriegsminister und Gouverneur.

(Sitzung vom 20. März.)

Die Beratung des Militärkredits wird bei Kapitel 23 fortgesetzt. Neu ist die Errichtung einer vierten Abteilung beim Ingenieurkomitee und die Errichtung einer Ballmeisterchule in Straßburg. Die Anforderungen hierfür wurden genehmigt. Für Geldverpflegung der Truppen sind 132 Millionen Mark vorgesehen, drei Millionen mehr als bisher. Der Mehrbedarf ist auf Verhärtung des Heeres, welche mit der Reformation einiger Truppenteile im Oktober dieses Jahres eintritt, und auf Erweiterungen zurückzuführen, die aus Anlaß der dauernden Festlegung der zweijährigen Dienstzeit vorgenommen wurden. An diese Position knüpft sich eine Aussprache über die Notwendigkeit des neu angeforderten 13. Hauptmanns im Regiment und über eine Sammelposition, in welcher für 94 Stellen vom Leutnant bis Generalfeldmarschall 644 000 M. verlangt werden. Dieser sogenannte Aggregatenfonds dient der Militärverwaltung dazu, den starren Rahmen des Etats ihren jeweiligen Wünschen anzupassen und nach Bedarf und Belieben Offiziersstellen zu schaffen, die nicht im Etat vorgezeichnet sind! Der Kriegsminister erklärt den Fonds für unentbehrlich, da — bei 20 000 Offizieren — häufig Bedürfnisse zutage treten, die sich sonst nicht befriedigen ließen. Er gibt zu, daß der Fonds schon zu den verschiedensten Ausfällen gedient hat, wenn der Reichstag Forderungen der Regierung abgelehnt hätte! Von verschiedenen Seiten werden schwere budgetrechtliche Bedenken gegen die Position erhoben, wobei sich übrigens herausstellt, daß dieselbe sich seit 1874 im Etat findet, ohne daß der Rechnungshof je Einspruch erhoben hätte!

Der Unterstaatssekretär Zwele macht die Mitteilung, daß das Schatzamt gar keine Ahnung von der Sache habe; er glaube, namens der Regierung erklären zu können, daß im Etat für 1908 Aenderung geschaffen werde. Ein Antrag auf Streichung der Position muß unberücksichtigt bleiben, weil diese der Kommission gar nicht zugewiesen ist; der Antrag ist in zweiter Lesung im Plenum einzubringen. — Ebdelum wünscht dringend, daß festgelegt werde, wie der Rechnungshof solche Positionen durchgehen lassen konnte. Im weiteren fragt er an, wie viele von den dreizehn Hauptleuten heute schon auf den Aggregatenfonds genommen seien; man jetzt der dreizehnte Hauptmann bewilligt werde, habe man bei Fortdauer dieses Zustandes nächstes Jahr schon den vierzehnten Hauptmann.

Die Forderung von 198 neuen Hauptmannstellen, um jedem Regiment einen dreizehnten Hauptmann zu geben, führt gleichfalls zu scharfer Auseinandersetzung. Der Kriegsminister verteidigt die Forderung mit der Notwendigkeit einer besseren Einzelausbildung der Mannschaften und tätiger Durchbildung der Reserveoffiziere. Von sozialdemokratischer Seite wird die Notwendigkeit tätiger Durchbildung der Offiziere des Verurlaubtenstandes angegeben; ein der besten Mittel hierzu sei aber Befreiung des Einjährig-Infanteristen, bei dem eine gute praktische Schulung nicht garantiert sei. Das Zentrum wendete sich zunächst gegen die Forderung, und Gräber erinnerte den Reichstag an seine frühere Haltung, als diese Frage wiederholt den Reichstag beschäftigte. Er wollte offenbar den Blodstreik in Verlegenheit bringen — umsonst!

Dieser Reichstag überhaupte nicht mehr in Verlegenheit zu bringen! Sachverständige erklärte mit der größten Seelenruhe: Was früher war, geht uns nichts an; wir stimmen für den 13. Hauptmann! und Wiener schloß sich der Erklärung an mit dem Vorbehalt, daß seine Fraktion im Plenum vielleicht anders stimme. Der Reichstag wird sich hüten; er darf es mit seinen Blodstreikern nicht verderben, wenn er seine Scheinbedeutung nicht verlieren will.

Das Zentrum stimmte schließlich, um den Blod zu ärgern, auch für die Forderung, und so wurden die 198 Hauptleute für 1 600 000 M. mit allen gegen die zwei sozialdemokratischen Stimmen bewilligt.

Die Petitionskommission des Reichstages erledigte in der Mittwochssitzung ein Viertelhundert Nummern, die zum Teil schon dem aufgelösten Reichstage zugeordnet waren oder alte Bekannte früherer Sessions sind. Hierunter befinden sich jene Kundgebungen bedürftiger, sich unglücklich oder entrechtet fühlender Menschen, die als Kriegsteilnehmer, Staats- oder Industrieinvaliden um Hilfe oder Unterstützung flehen bezw. sich über die Entziehung des Reichslohnes beschweren. In den meisten Fällen geht die Kommission mit Bedauern zur Tagesordnung über, weil dem Parlament entweder die Kompetenz fehlt oder aus sonstigen Gründen die Behandlung im Plenum ausgeschlossen ist.

Eine Bergedorfer Nagelfabrik betont die dringende Notwendigkeit der zollfreien Einfuhr des schwedischen Holzstößelens; die Petition geht als Material ins Reichskanzleramt. In derselben Form läuft mit an diese Stelle die Petition um Aenderung der Eidesformel für Dissidenten. Zu einer Debatte führt der Antrag eines Berliner Arbeitervereins, die Wahlkreisinteilung zu ändern, wobei der Vorschlag auf die empfindlichen Worte des Genossen Ged erwidert, die sozialdemokratische Fraktion möchte doch einen Initiativ-Antrag zur Wahlreform an den Reichstag einbringen. Die Petition wird als Material abgewiesen. — Eine Beschwerde aus Weidenrath bezieht sich auf unverschuldig erlittene Untersuchungshaft; der Einsenber wird auf die dreimonatliche Frist aufmerksam gemacht, die ihm zur Vorschreibung des gesetzlichen Weges noch gegeben ist. — Ein Wunsch eines Berliner Grundbesitzervereins behufs Aenderung des Unterhaltungswohnsitzes geht als Material von hinnen. — Der Frauenbund zu Rastenburg-Wilhelmsbad beantragt die Anlegung eines Waldparks auf einem dem Meer abgenommenen Terrain durch Mittel des Marineamts. Die Petition geht an die Budgetkommission.

Zu einer lebhafteren Aussprache kam es anläßlich des Antrages einer Gastwirtvereinigung zugunsten weiterer Veranlagung des gewerbemäßigen Aufzuges der Militärkapellen, wogegen die organisierten Zivilmilitär wiederum ihren Einspruch erhoben. Für die Kundgebung der letzteren war Uebertragung zur Tagesordnung vorgeschlagen; dagegen wendete sich ein vom Genossen Ged gestellter Antrag, den der Abg. Giesberts unterstützt. Es erfolgte Ueberweisung beider Petitionen als Material an die Regierung.

Aus der Partei.

Die sächsische Parteipresse.

Die sächsische Parteipresse hat, wie schon mehrfach durch Einzelmeldungen hervorgehoben worden ist, nach den letzten Reichstagswahlen einen Zuwachs an Abonnenten zu verzeichnen, wie er überhaupt noch nicht vorgekommen ist, selbst nach den Wahlen von 1903 nicht, die aus einer Aufschwung der sächsischen Parteipresse mit sich brachten. Nach den bisher verzeichneten Feststellungen haben unsere Parteizeitungen in Sachsen jetzt 172 000 Abonnenten; da nach dem Bericht des Zentralkomitees am Anfang des Jahres 1906 ein Abonnentenstand von 142 000 festgestellt worden war, ergibt sich für uns in einem Jahre ein Zuwachs von 30 000. Verfolgen wir den Werdegang der sächsischen Parteizeitungen in den letzten 10 Jahren, so ergibt sich, daß wir noch niemals zuvor in einem Jahre einen

solchen Zuwachs zu konstatieren hatten. 1898 bezifferte sich nach den Angaben in den Berichten des Zentralagitationskomitees der Abonnentenbestand in Sachsen auf 57 838, 1899 auf 72 320. Das Wahljahr 1899 hatte uns somit 14 400 neue Abonnenten gebracht, 1900 konnten wir 87 100 Abonnenten mustern, also rund 15 000 mehr, 1902 hatten wir 92 000 Abonnenten, also 5000 mehr. Das Jahr 1902 brachte einen Stillstand, bei einigen Parteiblättern einen Rückgang. Dann ging es wieder vorwärts, denn am Anfang des Jahres 1903 konnten wir die Abonnentenziffer mit 103 700 feststellen, das war in zwei Jahren ein Zuwachs von 11 700. Am Anfang des Jahres 1904 konnten wir wieder die Erfolge des verflochtenen Wahljahres mustern; wir hatten 121 750 Abonnenten, also einen Zuwachs von 18 050. Das war die bis dahin stärkste Zunahme. Es ging weiter vorwärts; 1904 hatten wir 134 400 Abonnenten, mehr 12 650, 1906 wie schon erwähnt 142 000, mehr 7 600, und endlich 1907 nach einer vorläufigen Zusammenstellung, wie schon angedeutet, 172 000, also 30 000 mehr. Diese Vergleiche bieten einen weiteren Beweis dafür, daß die innere Kraft und Entwicklungsfähigkeit der Partei durch die Niederlage von 1907 in keiner Weise berührt worden ist.

Kurz erwähnt sei noch der Zuwachs der einzelnen Blätter in dem erweiterten Zeitraum von rund zehn Jahren. Es hatten an Abonnenten:

Table with 4 columns: Zeitung, Ende 1897, März 1907. Includes Leipziger Volkszeitung (22,500 to 45,000), Sächsische Arbeiterzeitung (12,500 to 34,000), Chemnitzer Volksstimme (11,500 to 43,000), Sächsisches Volksblatt (6,000 to 22,000), Volksgesund (Döhlitz) (3,500 to 17,000), Arbeiterzeitung für das Müßelthal (7,000 to 4,500), Vogtländische Volksstimme (1,830 to 17,000).

Wird man aber den in diesen Ziffern ausgedrückten Fortschritt voll würdigen, muß noch in Rechnung gestellt werden, daß der „Volksgesund“ (Döhlitz) 1897 nur dreimal wöchentlich erschien; daselbe gilt von den Parteiblättern in Chemnitz und Burgstädt, die später zu der Chemnitzer „Volksstimme“, einem Tagesblatt, verschmolzen wurden. Einige Blätter, wie die Chemnitzer „Volksstimme“ und die „Leipziger Volkszeitung“, haben auch Preis-erhöhungen vorgenommen.

Diese Stige von der Entwicklung der sächsischen Parteipresse veranschaulicht jedenfalls ein Wachstum, das Zeugnis von der jugendlichen Kraft der Partei in Sachsen ablegt. Und daß diese Kraft und Entwicklungsfähigkeit unerschütterlich geblieben, zeigt der Misserfolg, den die „niedergerittene“ sächsische Sozialdemokratie 1907 in der Entwicklung ihrer Presse zu verzeichnen hatte.

Unsere Toten. Im Alter von 82 Jahren starb zu Halle a. S. im Hospital der Genosse Wilhelm Fegler. Bis zu seiner Aufnahme im Hospital, die vor zwei Jahren erfolgte, hat Genosse Fegler sich an der Parteiarbeit beteiligt. Im Jahre 1871 kandidierte er in Halle als Kandidat zum ersten deutschen Reichstag. Er erhielt — 68 Stimmen. Bei der letzten Wahl unterlag die Partei mit 21 941 Stimmen.

Witwensbesorgungen. Der sozialdemokratische Ortsverein zu Forst hat beschlossen, in den nächsten Wochen und Monaten eine Serie von fünf Vorträgen über das Thema: Marg und Marxismus halten zu lassen. Die Vorträge werden so gehalten sein, daß sie für jeden Genossen eine populäre Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus bedeuten.

Zu den Affären Bernhard und Braun schreibt die „Schwäbische Tagwacht“ zu Stuttgart:

Wir unterwerfen entgegen und eines Urteils über den Ausschlussantrag. Die zuständigen Instanzen werden die Handlungen der „Angeklagten“ genau zu prüfen und ihre Entscheidung in gewissenhafter Abwägung der allgemeinen Parteinteressen zu treffen haben. Nur die eine Bemerkung erlauben wir uns: Wenn jedes namhafte Parteimitglied der großen Verantwortung, die es in der jetzigen Zeit des schärfsten Kampfes aller unserer Gegner zu tragen hat, sich bewußt wäre, so würden Vorgänge vermieden, wie die, welche den Anlaß zu dem Ausschlussantrag gegeben haben. Wenn es je einmal eine Zeit gegeben hat, in welcher alle inneren Zerwürfnisse in der Partei aufhören, in welcher auch die parteitaktischen Erweiterungen in gewissen Grenzen gehalten werden müssen, so ist es die jetzige. In dieser Auffassung wissen wir uns einig mit den hervorragendsten Vertretern der parteigenössischen Strömung, die man die revisionistische nennt. Jetzt gilt es, alle Kräfte in den Dienst praktischer Organisations-, Agitations- und parlamentarischer Arbeit zu stellen. Nur so können wir in Wäde die Schlappe überwinden, die wir bei den Reichstagswahlen erlitten haben.

Personalen. Ueber das Befinden des Genossen Hauth, dessen Erkrankung in der Gefangenschaft wir bereits meldeten, teilt die „Rannheimer Volksstimme“ mit, daß Hauth in Köln, wo er sich seit etwa drei Monaten in Haft befindet, an chronischem Magenkatarrh mit Appetitlosigkeit und Schwindelanfällen leidet. Hoffentlich übersteht Hauth die Krankheit ohne nachhaltige able Folgen für seine Gesundheit!

Vom Genossen Bollmar erhält die „Münchener Post“ aus Amalfi die Nachricht, daß die Besserung in seinem Befinden erfreuliche Fortschritte macht. Er hofft, bis Mitte April wieder völlig frisch und aktionsfähig zu sein.

Der Streit zwischen den deutschen und tschechischen Sozialdemokraten Wiens um die Reichsratskandidatur im Bezirke Favoriten ist erfreulicherweise beigelegt. Das in Wien erscheinende tschechische Parteiorgan „Dělníků Ústí“ fordert die tschechischen Genossen auf, die Hände aus Werk zu legen, um die Wahl der Kandidaten der deutschen Sozialdemokratie in Niederösterreich zu sichern.

Das Zentralorgan der belgischen Arbeiterpartei, „Le Peuple“, zu Brüssel, hat erst kürzlich seinen Neubau beendet. Jetzt teilt die Verwaltung mit, daß sie beschlossen habe, zur weiteren Verbreitung des Blattes eine Anleihe von 75 000 Frank aufzunehmen. Es werden zu diesem Zweck 1500 Aktien à 50 Frank verausgabt. Der „Peuple“ wendet sich in einem Aufruf an die Genossen sowie an die Gewerkschaften, Konsumvereine, Arbeitersport- und Vergnügungsvereine usw. und fordert diese auf, Aktien zu entnehmen, damit der Verlag in den Stand gesetzt ist, eine umfassende Propaganda für das Blatt zu entfalten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das gleiche Recht für alle. Die städtischen Behörden von Essen haben jetzt endlich — nach zwei Monaten — Zeit gefunden, um das an den Oberbürgermeister gerichtete Gesuch um Ueberlassung des städtischen Saalhauses zur Abhaltung unseres diesjährigen Parteitages folgendermaßen zu beantworten:

Der Antrag vom 10. Januar d. J. für die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie städtische Lokalitäten zu überlassen, muß abgelehnt werden, da nach gesetzlichen Bestimmungen die Ueberlassung unzulässig ist.

Vor dem Gesetz sind aber alle Preußen dennoch gleich!

Redakteursfreunden. Wieder einmal sind zwei Verantwortliche der „Dreslauer Volksmacht“ ins Gefängnis gegangen. Genosse Albert, der am 12. Juli wegen sogenannter Beleidigung des Kommandanten von Polen und Mitgliedern des Glogauer Oberkriegsgerichts einen Monat Gefängnis subdiert erhalten hat, und Genosse Müller, jetzt Verbandssekretär der Fabrikarbeiter, den die erste Strafkammer wegen angeblicher Beleidigung von Dresdener Richtern, besonders der Justizkammer, ebenfalls zu einem Monat Gefängnis verurteilt hatte.



# A. WERTHEIM

## KOLONIAL-WAREN

Rangoon-Reis	Pfd. 16 Pf.
Bassein-Reis	Pfd. 20 Pf.
Java-Reis	Pfd. 25, 30, 38 Pf.
Gem. Backobst	Pfd. 30, 52, 70 Pf.
Amerik. Ringäpfel	Pfd. 42, 50 Pf.
Amerik. Bohrpäfel	Pfd. 50 Pf.
Italienische Prünellen	Pfd. 75 Pf.
Deutsche Makkaroni	leicht gelärbt Pak., ca. 1 Pfd. 34 Pf. leicht gefärbt Pak., ca. 1 Pfd.
Italien. Makkaroni	Paket, ca. 1 Pfd. 40 Pf.
Pa. Handschnittnudelein	Paket, ca. 1 Pfd. 42 Pf.
Pa. Fadennudelein	Paket ca. 1 Pfd. 42 Pf.
Pa. Bandnudelein	Pak. ca. 1 Pfd. 42 Pf.
Handschnittnudelein	leicht gelärbt Pak. ca. 1 Pfd. 36 Pf.
Vanillin Zucker	Paket ca. 1/2 Pfd. 50 Pf.
Vanillin Zucker	kl. Beutel Stück 6 Pf.

Echtes Budapester-Auszug-Mehl	Pfd. 24 Pf.
Feinstes Kaiser-Auszug-Mehl	Pfd. 18 Pf.
Weizen-Mehl 00	Pfd. 15 Pf.

Backpulver	Paket ca. 1/2 Pfd. 45 Pf.
Backpulver	kleine Beutel Stück 8 Pf.
Backmehl selbsttätiges	Paket ca. 1 Pfd. 32 Pf.
Mais-Puder	garant. rein, Beutel ca. 1/2 Pfd. 1 Pfd. 2 Pfd. 24, 42, 75 Pf.

Puddingpulver	m. Vanille-, Mandel-, Himbeer-, Zitronen-, Erdbeer-, Apfelsine-, Schokolade- und Ananas-Geschmack (leicht gefärbt) 30 Pf.
---------------	---

Rote Grütze	mit Johannisbeer-, Himbeer-, Erdbeer- und Kirsch-Geschmack (leicht gefärbt) 30 Pf.
-------------	--

### Gebrannter Kaffee

Mischung	II	III	IV	V	VI	VII
Pfd.	95 Pf.	1.10	1.35	1.50	1.70	1.90

### Souchong-Melange

I	II	III	IV	V
Pfd.	1.20	1.80	2.40	3.20

### Ceylon-Tee

Pfd.	3 Mk.
------	-------

### Pekko-Melange

Pfd.	4.80
------	------

### Deutscher Kakao

Pfd.	1.10, 1.25 Mk.
------	----------------

### Kongo-Tee

Pfd.	2.20, 2.80
------	------------

Zerelat u. Salamiwurst	in Rinddarm Pfd. 1.25 Mk.
Plockwurst	Pfd. 1.10 Mk.

Gänsebrust	(Spickgans) in ganzen und halben Brüsten Pfd. 1.35 Mk.
Frische Suppen-Hühner	1.95 Mk.

### Riesen-Mandeln

süss und bitter	Pfd. 1.30 Mk.
-----------------	---------------

### Mandeln

süss und bitter	Pfd. 1.10 Mk.
-----------------	---------------

### Sultaninen I

Pfd.	80 Pf.
------	--------

### Sultaninen II

Pfd.	65 Pf.
------	--------

### Rosinen

Pfd.	65 Pf.
------	--------

### Korinthen

Pfd.	38 Pf.
------	--------

### Zitronat

Pfd.	90 Pf.
------	--------

### Orangeat

Pfd.	60 Pf.
------	--------

## KONSERVEN

### Vorteilhaftes Angebot

Stangen-Spargel II	1/2 Dose 1.15, 1/2 Dose 63 Pf.
--------------------	--------------------------------

Riesenbruch-Spargel	1/2 Dose 1.20
---------------------	---------------

Bruch-Spargel extra stark	1/2 Dose 1.05, 1/2 Dose 58 Pf.
---------------------------	--------------------------------

Gem. Gemüse	1/2 Dose 42, 1/2 Dose 28 Pf., II 1/2 Dose 58 Pf.
-------------	--

Karotten in Streifen	1/2 Dose 25 Pf.
----------------------	-----------------

Wirsingkohl	1/2 Dose 25 Pf., Weisskohl 1/2 Dose 28 Pf.
-------------	--

Erdbeeren	1/2 Dose 1.28, 1/2 Dose 70 Pf.
-----------	--------------------------------

Preisselbeeren	1/2 Dose 63, Dose ca. 2 1/2 Ko. 1.50, ca. 5 Ko. 2.90
----------------	--

Pflaumen in Zucker Glas	48, Melange Früchte 1/2 D. 85 Pf.
-------------------------	-----------------------------------

### Saure Kirschen mit Steinen

1/2 Dose	65 Pf., 1/2 Dose 38 Pf.
----------	-------------------------

### Reineclauden

1/2 Dose	85 Pf., 1/2 Dose 48 Pf.
----------	-------------------------

### Pflaumen in Essig u. Zucker

1/2 Dose	75 Pf.
----------	--------

### Apfelmus

1/2 Dose	58 Pf., 1/2 Dose 1.10
----------	-----------------------

### Dunstfrüchte

Stachelbeeren, Birnen, Johannisbeeren, Kirschen m. Steinen, Heidelbeeren	Glas 55 Pf.
--	-------------

### Ananas geschnittene Frucht

1/2 Dose	1.25, 1/2 Dose 75 Pf.
----------	-----------------------

### Ananas zur Bowle

1/2 Dose	1.50, 1/2 Dose 85 Pf.
----------	-----------------------

### Schmorgurken

1/2 Dose	90 Pf.
----------	--------

### Senf-Gurken

Glas	90 Pf.
------	--------

### Zucker-Gurken

Glas	1.10 Mk.
------	----------

### Znaimer Gurken

Glas	1.20 Mk.
------	----------

### Gewürz-Gurken

Glas	65 Pf.
------	--------

Riesen-Stangen-Spargel	1/2 Dose 2.20, 1/2 Dose 1.15
Stangen-Spargel extra stark	1/2 Dose 1.60, 1/2 Dose 85 Pf.
Stangen-Spargel I	1/2 Dose 1.35, 1/2 Dose 73 Pf.
Brech- u. Schneidebohnen	1/2 Dose 25, 1 1/2 Dose 40, 2 1/2 Dose 65 Pf.
Stangen-Perlbohnen	1/2 Dose 45 Pf.
Kaiserschoten	1/2 Dose 1.10
Junge Schoten extra fein	1/2 Dose 90 Pf., 1/2 Dose 50 Pf.
Junge Schoten II	1/2 Dose 52 Pf., 1/2 Dose 32 Pf.
Junge Schoten III	1/2 Dose 48 Pf.
Junge Schoten IV	1/2 Dose 38 Pf.
Schoten u. Karotten	1/2 Dose 60 Pf.
Karotten	1/2 Dose 48 Pf.
Gemischtes Gemüse I	1/2 Dose 95 Pf.

Ostsee-Bratheringe	47 Pf.
Bismarck-Heringe	47 Pf.
Heringe in Aspic	40 Pf.
Delikatessheringe in verschiedenen Saucen	Dose 83, 52 Pf.
Neunaugen	Dose 95 Pf.
Nordseekrabben	Dose 70, 40 Pf.
Aal in Gelee	Dose 80 Pf.

Lachs in Gelee	Dose 1.10 Mk.
Russische Sardinen	Glas 25 Pf.
Anchovis	Glas 25 Pf.
Prima Hummern	1/2 Dose 2.25 Mk.
Lachs-Kotelette	1/2 Dose 1.50, 1/2 1 Mk.
Corned-Beef (Deutsch. Fabrik)	Dose ca. 3 Pfd. englisch Gewicht 1.60 Mk.

Franz. Sardinen Chancerelles	1/2 Dose 95 Pf.
Amieux Frères	1/2 Dose 1 Mk., 1/2 Dose 1.65 Mk.
Arsène Saupiquet	1/2 Dose 70 Pf., 1/2 Dose 1.20, 1/2 Dose 1.85
Sardinen in Oel	kleine Dose 28 Pf.
Sardinen in Oel	1/2 Dose 40 Pf.
Sardinen in Oel, Marke Martell	1/2 Dose 1.15 Mk.

Apfelsinen	Dtz. 25, 30, 45, Murcia-Blut 40, Messina 65, Zitronen 33 u. 40 Pf.
Bittere Orangen	Dtz. 65 Pf.

Französ. Kognak J. Monnet & Co.	
Gold Etikett	1/2 Flasche 1.60, 1/2 Flasche 3 Mk
1900er	1/2 Flasche 2.10, 1/2 Flasche 4 Mk.

## WEIN

Tarragona-Portwein II	1/2 Flasche 70 Pf.
-----------------------	--------------------

### Moselweine

1905er Burger	1/2 Fl. 70 Pf.
1904er Ernster Mark	" 75 Pf.
1904er Sennheimer	" 1 Mk.
1904er Valwigsberger	" 1.35
1904er Piesporter	" 1.50
1904er Trabener	" 1.60
1904er Brauneberger	" 1.80
1904er Enkirch-Stefansb.	" 2 Mk.
1904er Rüberberger	" 2 Mk.
1903er Graach-Himmelreich	2 Mk.
Fuder 28. Kreuzen Kgl. Gymnasium Trier.	

### Rhein- u. Pfalzweine

1904er Bretzenheimer	1/2 Fl. 90 Pf.
1904er Laubenheimer	" 1 Mk.
1901er Niersteiner	" 1.10
1904er Oppenh. Schloss	" 1.10
1902er Rudesheimer	" 1.20
1904er Hallgartner	" 1.30
1903er Binger Rochusb.	" 1.40
1903er Rauenthaler	" 1.60
1903er Rudesch. Rottland	" 1.70
1893er Ockenh. Hölle	" 2.40

### Bordeauxweine

1902er Montferrand	1/2 Fl. 90 Pf.
1900er Chät. Fonsac	" 1 Mk.
1902er Beautiran	" 1 Mk.
1900er Chät. Larrivauz Ciss.	1.10
1902er Chät. Talbot d'Aux	1.10
1900er Blanquefort	" 1.20
1902er Chät. Angludet	" 1.25
Cantenac Margaux	" 1.25
1900er Chät. de Parempuyre	1.25
1900er Chät. Abel	" 1.40
Laurent Margaux	" 1.40
1900er St. Emilion 1er Crû	" 1.50
1903er Chät. Latour grand vin	" 1.80
1900er Chät. Citran grand vin	" 1.90
1900er Chät. Branaire Ducrû grand vin	2 Mk.

### Südweine

Tarragona-Portwein	1/2 Fl. 90 Pf.
Portwein II	" 1.25
Portwein I	" 1.60
Alter Portwein	1/2 Fl. 2 Mk.
Sherry I	" 1.70
Alter Sherry	" 2 Mk.
Feiner alter Sherry	" 2.60
Extra alter Sherry	" 3.25
Sherry amontillado	" 4.50
Madeira	" 1.25
Alter Madeira	" 1.80
Feiner alter Madeira	" 2.60
Malaga	" 1.20
Alter Malaga (5-jährig)	" 1.80
Samos II 80 Pf. Samos I	" 1 Mk.

### Burgunderweine

1900er Macon 1. Choix	1/2 Fl. 1.50
1900er Beaune 2ième Crû	" 2.70
1899er Pommard 2ième Crû	2.85
1900er Romanée	1/2 Fl. 4 Mk.
1898er Pommard Original-Abzug	" 5 Mk.
1898er Sontenot Volnay	6 Mk.

Am Sonntag vor Ostern bleiben unsere Geschäftshäuser, wie an allen Sonntagen, geschlossen.

Kand. gesetzl. geschützt.

Verfammlungen.

Der Wahlverein des ersten Kreises hielt seine Generalversammlung in Dräsel's Festsaal ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Genossen Handro und Waldt in der üblichen Weise geehrt.

Den Verlust von 203 Mitgliedern erklärte der Redner des näheren durch die besondere Lage im ersten Kreise. Während die gesamte Bevölkerung Berlins von der Volkszählung 1900 bis zu der von 1905 wieder um 7,8 Proz. gewachsen war, sank in demselben Zeitraum die Bevölkerung der Friedrichstadt von 67 071 auf 51 987 Einwohner, eine Abnahme von fast 10 Proz.;

In der Diskussion nahm Genosse Froh zuerst das Wort und versuchte den Gründen nachzuspüren, warum der erste Wahlkreis nicht erobert worden sei. Er gefiel sich dabei in einer sehr langen Exkurs gegen den „Vorwärts“, der die intellektuell höher stehenden Leute im ersten Kreise vor den Kopf geschlagen habe durch seine revolutionäre Schreibweise.

Genosse Venada antwortete unter starkem Beifall der Anwesenden, daß man nicht recht klug daraus werden könne, was Genosse Froh eigentlich wolle. Von praktischer Arbeit in der Agitation habe er keine Ahnung, sonst könnte er dem „Vorwärts“ nicht solche Vorwürfe machen.

Da Ritternacht herangerückt war, wurde die Diskussion und weitere Berichterstattung der verschiedenen Kommissionen vertagt und

nur noch der Kassenbericht entgegenkommen. Der Kassierer Wittner erhielt das Wort, der über die Zeit vom 1. Juli 1906 bis 1. Januar 1907 berichtete. An Einnahmen waren gebucht 4101,43 M., die Ausgaben betragen 3392,78 M., somit bleibt ein Bestand von 708,65 M. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet.

Die dann vorgenommene Neuwahl des Vorstandes ergab das folgende Resultat: 1. Vorsitzender Bolderski, 2. Vorsitzender Lucht; 1. Kassierer Wittner, 2. Kassierer Wehnacht; 1. Schriftführer Doppel, 2. Schriftführer Meier; Weisiger Hartig, Dieseler und Schuster; Revisoren sind die Genossen Schmidt, Simon und Strelow.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis hielt, zur Fortsetzung der neulich verbotenen Generalversammlung, am Dienstag wieder eine Generalversammlung im Hofjägerpalast ab.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis hielt, zur Fortsetzung der neulich verbotenen Generalversammlung, am Dienstag wieder eine Generalversammlung im Hofjägerpalast ab. Zunächst erstattete Genosse Meier den Bericht der Prekzkommission. Er verwies auf das rapide Steigen der Abonnementziffer im letzten Jahre. Dieses beweise, daß es nicht richtig sei, wenn die angebliche besondere Güte der früheren Redaktion mit dem Anwachsen des Abonnementstandes in ursächlichen Zusammenhang gebracht worden sei.

Genosse Ewald jun. als erster Diskussionsredner bemängelt, daß bei der Agitation für den „Vorwärts“ nicht Probegergen mitgegeben seien. Bedauerlich findet er es, daß der „Vorwärts“ auf Braun und auf die Angehörigen des Herrn Bernhard eingegangen sei. Dem werde damit zuviel Ehre angetan.

Genosse Reimann: In manchem habe Genosse Meier recht. Wenn aber Meier von gewissen Genossen sprach, die immer und immer wieder schreiben müßten, so erwidere er, daß man es den Genossen doch nicht verargen könne, wenn sie ihrer Meinung Ausdruck geben wollten.

bürgerlichen Presse hinlaufe, wie Bernhard. Anders sei es mit Braun. Als Herausgeber seines Blattes habe er seine Meinung gesagt. Verfehlt sei es, das gleich als Parteiberat hinzustellen. Er glaube, ein großer Teil der Genossen werde den kurzen Ausführungen der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, die im „Vorwärts“ zitiert wurden, zustimmen.

Zwei Anträge, die auf die Verbilligung des „Vorwärts“ abzielen, einer von einem Bezirk, der andere vom Genossen Reimann, werden aus der Diskussion ausgeschlossen und bis zu der Versammlung vertagt, welche zur Generalversammlung von Groß-Berlin Stellung nehmen wird.

Genosse Lewin als Mitglied des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes protestiert gegen die gegen den Verband gerichteten Vorwürfe, ebenso dagegen, daß man ihn immer den Wissenschaftlichen Verband nenne. Er richtet an Meier u. a. die Frage, wie sich die Prekzkommission dazu stelle, daß der „Vorwärts“ über den vor dem Einigungsamt vollzogenen Anschluß des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes an den Rohrlegervertrag nicht berichtet habe?

Genosse Meier belämpfte in seinem Schlusswort die Anregung der Verbilligung des „Vorwärts“, weil das notwendig dabei herauskommende Defizit es nicht ermöglichen würde, abgesehen davon, die Verbilligung die scharfe Waffe nicht schneidiger, sondern stumpfer machen müßte, weil dann an einen besseren Ausbau nicht gedacht werden könnte.

Der Bericht der Agitationskommission, verfaßt vom Genossen Zinke, liegt gedruckt vor. Er beschränkt sich auf eine kurze Darstellung der Agitations- und Organisationsverhältnisse in den Provinzialkreisen, die dem zweiten Wahlkreise zur Mitbearbeitung überwiesen sind, wobei auch hier und da auf die Ergebnisse der Wahlen Bezug genommen ist.

Genosse Lau verspricht sich nichts von dem Vorschlage, jeden Monat einmal oder mindestens viermal im Jahre auf dem Lande Schriften zu verbreiten. Er kenne die Landbevölkerung. Die Schriften machten wenig Eindruck. Die „Fadel“ sei ja vorzüglich redigiert, aber für die Großstadtbewohner, nicht für die auf dem Lande. Der geistige Horizont der großen Masse der Landbevölkerung reiche nicht aus, die Lektüre aufzunehmen.

Genosse Wolf (Maurer) wendet sich gegen den Bericht, weil er indirekte Vorwürfe gegen die Maurerorganisation durchdringen lasse. Er legt die sozialen Ursachen dar, welche die Maurer der Provinz zwingen, in der Stadt Arbeit zu nehmen. Viel mehr Nähe, wie die Partei, gebe man sich im Maurerverband, um die Maurer in der Lausitz u. v. zu organisieren und aufzuklären.

Nachdem Genosse Schröder den Bericht der Lokalkommission gegeben hatte, erfolgten die Neuwahlen. Gewählt wurden die Genossen Schwemle als 1. Vorsitzender, Röderer als 2. Vorsitzender, Schmidt als 1. Kassierer, Lohse als 2. Kassierer, Naumann als 1. Schriftführer, Jakobowski als 2. Schriftführer, Werner als Weisiger, Penning, Simon und Bernhard als Revisoren, Julius Meier als Mitglied der Prekzkommission, Zinke für die Agitationskommission, D. Schröder in die Lokalkommission und Königs als Aspirant zum Zentralvorstand.

Beischlossen wurde, den einzelnen Abteilungen je 5 M. pro Vierteljahr als Ranfegeld zu bewilligen. Ein Antrag gegen Genossen Robert Schulz, der des Streikbruchs beschuldigt wird, das Verfahren auf Ansuchen einzuleiten, wurde angenommen. Eine andere Ausschlußangelegenheit (Möhring) kam wegen vorgerückter Zeit nicht zur Erledigung.

Dritter Wahlkreis. In der am Dienstag abgehaltenen Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorsitzende Pohl den Geschäftsbericht des Vorstandes, der sich auf neun Monate erstreckt. Es fanden 25 Vorstandssitzungen, 4 Vereins- und 4 Sonntagsgesamtsversammlungen statt. Während der Reichstagswahlbewegung wurden 24 Agitationsversammlungen abgehalten und 6 Flugblätter in 280 000 Exemplaren verbreitet.

Den Bericht der Prekzkommission erstattete Kräfer. Er machte Mitteilung von den geschäftlichen Verhältnissen des „Vorwärts“, der Besetzung der Redaktion und besprach eine Reihe von Beschwerden, welche die Prekzkommission zu erledigen hatte. Ferner gab der Redner eine Uebersicht über die Zunahme der Abonnenten und die Einnahmen des Blattes. Prinzipielle Differenzen mit der Redaktion hat die Prekzkommission nicht gehabt.

Genosse Reimann erstattete den Bericht der Agitationskommission, für die Provinz Brandenburg. Er gab einen Ueberblick über die Kassenverhältnisse sowie über die Tätigkeit der Kommission, welche in verschiedenen Kreisen einen guten Erfolg gehabt hat.

Den Bericht der Lokalkommission erstattete König. In Berlin stehen der Partei 240 Lokale zur Verfügung, darunter 80 im dritten Kreise. Die Zahl ist für den Bedarf mehr als ausreichend.

Run folgte die Wahl des Vorstandes und der Funktionäre. Sie hatte folgendes Ergebnis: Aktionsauschuß Pohl, Prekzkommission Kräfer, Agitationskommission Gehrmann, Lokalkommission König. — Vorstand des Wahlvereins: 1. Vorsitzender Pohl, 2. Vorsitzender Wartenberg, 1. Kassierer Harndt, 2. Kassierer Fritz Schmidt, 1. Schriftführer Hahn, 2. Schriftführer Engelig, Weisiger Rabhat, Weisiger

Hierauf diskutierten die Versammlung einige Anträge, welche der Generalversammlung für Groß-Berlin unterbreitet werden sollten. Angenommen wurden folgende Anträge: Der monatliche Beitrag zum Wahlverein ist um 5 Pf. zu erhöhen. — Auf je 1200 Beitragsmarken soll ein Delegierter zur Verbands-Generalversammlung gewählt werden.

Außerdem wählte die Versammlung die Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.

Vierter Wahlkreis. Am Dienstag, den 19. März tagte eine sehr gut besuchte Generalversammlung des Wahlvereins für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis in den Bezirken Friedrichshagen, Lichtenberg, Prenzlauer Berg und Weißensee. Debattelos wurde beim ersten Punkt die in den Bezirken aufgestellte Liste der 227 Delegierten zur Verbands-Generalversammlung angenommen.

Genosse Rosenkranz stellt und begründet darauf folgenden Antrag:

Die Verbandsversammlung wolle beschließen, daß in den Kreiswahlvereinen zu erhebende Eintrittsgeld beträgt 20 Pf. und wird jedem neu eintrittenden Mitglied die Broschüre „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“ gratis geliefert.

§ 7 des Statuts des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend ist dementsprechend zu ändern. Der Antrag wird angenommen.

Darauf steht folgender Antrag des Genossen Glaz zur Debatte:

Die Generalversammlung wolle beschließen:

„Um eine intensivere Agitation unter den in Berlin und Umgegend wohnenden Polen wirksamer entfalten zu können, und denselben überzeugend klar zu machen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, gemeinsam mit den deutschen Arbeitern gegen die kapitalistische Ausbeutung zu kämpfen, empfiehlt es sich, daß der Vorstand von Groß-Berlin zusammen mit der Agitationskommission des polnischen sozialistischen Vereins in Berlin die hierzu notwendigen Vorbereitungen trifft.“

Der Antragsteller beschränkt sich, daß unter der polnischen Bevölkerung zu wenig, und so wenig zweckentsprechende Agitation getrieben werde. Die 3 1/2 Millionen Polen müßten in ihrer Muttersprache aufgeklärt werden, sollte die Agitation überhaupt Erfolg haben. Es fehle den polnischen Genossen an einer Jugkraft. Rosa Luxemburg könne doch auch in polnischer Sprache Agitationsvorträge halten.

Der Antrag wird sodann debattelos angenommen. Genosse Daberkow plädiert für ein Wochenabonnement auf den „Vorwärts“ und beantragt:

Den „Vorwärts“ auch im Wochenabonnement abzugeben und zwar für 25 Pf.

Nach einer lebhaften Debatte, in der die Gegner des Antrages auf die finanziellen Schwierigkeiten hinweisen und der Meinung Ausdruck geben, daß dadurch der Ueberfluß des „Vorwärts“ verschwinden werde, glauben wieder die Befürworter, daß dies nur „Schwarzgehererei“ sei und daß das eventuelle Defizit sehr wohl durch Erhöhung der Annoncenpreise und durch größere Verbreitung des Blattes wettgemacht werden könnte, wird der Antrag angenommen, nachdem die Debatte durch einen Schlußantrag beendet wurde.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Berichterstattung, gibt als erster Genosse Otto Wächner für die Prekominmission den Bericht.

Redner bedauert, daß die Raumverhältnisse des „Vorwärts“-hauses es notwendig machten, die Sprechstunde nach der Friedrichstraße 18 zu verlegen. Über wegen des erfreulichen Wachstums der Abonnentenzahl des „Vorwärts“ sei die Anschaffung neuer Maschinen zur Notwendigkeit geworden und wurde deshalb der Raum gebraucht. Ueberhaupt sei die Sprechstunde das ständige Schmerzenskind des „Vorwärts“, da nicht alle Wünsche zu befriedigen seien, weil die paar Abendstunden zu kurz sind, eine Tagesstunde deshalb zwecklos sei, weil die Arbeiter nur abends Zeit haben. Die Angelegenheit der Rohrleger betreffs Sperzung des „Vorwärts“ für die neue Organisation sei wieder nach dem früheren Beschluß der Kommission entschieden. An Stelle des verstorbenen Genossen Nikolaus Kraus sei der Genosse Döcher für die Unterhaltungsbeilage des „Vorwärts“ genommen worden. Auch die Ueberbildung der Sekretäre solle durch die Reuanstellung eines dritten Sekretärs behoben werden. Redner gibt eine Entwicklungsgeschichte des „Vorwärts“ aus den letzten zehn Jahren an der Hand von Zahlen zum besten und spricht seine Anerkennung über die Haltung des „Vorwärts“ sowohl in den Parteifragen der letzten Zeit als auch während des Wahlkampfes aus. Der „Vorwärts“ sei während des Wahlkampfes musterhaft, eine wahre Fundgrube an Material gewesen. Meinungsverschiedenheiten seien aus in der Partei notwendig, und wenn sich Genosse Ewald Vernstein vielleicht während seiner Redaktionsstätigkeit am „Sozialdemokrat“ Verdienste erworben haben möge, so sei der vom 4. Wahlkreis geleitete Bericht nicht weniger richtig. Vernstein hätte nicht notwendig gehabt, sich über den Beschluß in einer Konsumvereins-Versammlung auszulassen. Er hätte sich vielmehr an die Organisation wenden sollen, und niemand würde etwas gegen eine Aussprache gehabt haben. Er (Vernstein) sei doch schon lange genug in der Partei, um wissen zu können, an welche Instanz er sich zu wenden habe. Die Verächtlichung des Genossen Hoffmann habe gezeigt, wie leichtfertig Vernstein mit der Ehre des Zentralorgans umgegangen sei. Redner wendet sich nun in lebhafte Weise gegen Genossen Bernhard, dieser habe wissen müssen, daß er sich an die Prekominmission zu wenden hatte, wenn er eine Beschwerde gegen den „Vorwärts“ habe. Wer den Dresdenener Parteitag verfolgt habe, der werde freilich schon den ehrenwerten „Genossen“. Die Abfertigung Bernhards im „Vorwärts“ habe die Prekominmission gut gesehen. Wir wollen nicht mehr Recht haben, als die Akademiker, aber auch ungeheuer soll es nicht sein. Hätte ein Arbeiter das gleiche gemacht wie Bernhard, vielleicht ein Gewerkschaftsvertrauensmann oder Brandenburger nach einem verlorenen Streit in gegnerischen Blättern über die Taktik sich ähnlich ausgelassen, der wäre einfach mit beschleunigtem Tempo hinausgeschickt. Redner besetzt sodann einige Stellen der Bernhardschen Ausführungen, um sie kritisch zu zerlegen. Nach den vorliegenden Tatsachen hätten die betreffenden Instanzen die Pflicht, Bernhard vor die Tür zu setzen. Bernhard scheine noch mit viel Geschick die Reklametrommel bei der Affäre zu rühren, damit er sich noch als Märtyrer aufspielen könne, um dann mit offenen Armen bei den Bürgerlichen aufgenommen zu werden. Aber auch mit Heinrich Braun, Stampfer und Genossen müsse ein ganz ernstes Wort gesprochen werden. Die Situation sei so, wie sie jetzt sei, ganz unmöglich und eine baldige Änderung notwendig.

Genosse Stumpe schließt sich den Ausführungen Wächners an. Er bedauert, daß sich die Parteipresse immer noch mit Leuten herumzuschlagen müßte, die innerlich nicht mehr zu uns gehören. So habe es Genosse Schippel fertig gebracht, nachdem die Arbeiter 3 1/2 Millionen Stimmen gegen die Solidrolle in der Zeitung gesammelt, sich immer wieder gegen die Partei und ihre Taktik zu wenden. Es sei traurig, daß sich jeder beliebige Schriftstatter, der sich „Genosse“ nenne, von bürgerlichen Gegnern intervierten lasse. Die Früchte dieser Streiche würden wir schon bei der nächsten Aktion zu spüren bekommen, denn der Reichstagsverband sammle sehr eifrig Material gegen uns, um dann bei geeignetem Anlaß auszuapoden. Die Leute, die vielleicht in der bürgerlichen Presse mehr verdienen und deshalb bei uns unzufrieden seien, sollten nur ruhig dorthin gehen; niemand würde ihnen eine Krone nachweinen. Wenn Genosse Vernstein aber nach dem vierten Wahlkreis Sehnsucht habe, so könne man ihn ja einmal einladen; ob es ihm hier gefallen würde, dafür könne er freilich nicht garantieren. Der Vorstand könne ihn ja auch deshalb einmal einladen, da auch wir einige Sehnsucht nach ihm hätten.

Genosse Rohrbauch sagt, Vernstein hätte auch ihm gegenüber den Wunsch ausgedrückt, im vierten Kreise sprechen zu können. In

der Konsumvereinsversammlung habe sich Vernstein leider zu 1/2, in seiner persönlichen Angelegenheit wegen der Resolution des Wahlvereins ausgelassen und nur zu 1/2, zu dem Zweck, zu dem die Versammlung einberufen war. Er, Redner, habe auch in der Versammlung dazumal nicht den Wunsch ausgedrückt, Vernstein solle seinen Vortrag hier wiederholen, sondern habe nur gesagt, die ganzen Ausführungen Vernsteins gehören hierher, wo der Beschluß gefaßt sei, aber nicht in eine Agitationsversammlung für Konsumvereine. Redner könne nicht behaupten, Sehnsucht nach einer Wiederholung des Vortrages zu haben, wenn er auch glaube, daß Vernstein sich hier die notwendige Abfuhr holen werde.

Auch Genosse Dittowski spricht im Sinne des Berichterstatters, mit dem er ganz einverstanden sei. Wenn er es nicht für notwendig halte, daß der „Vorwärts“ Bernhard als einen politischen Clown bezeichne, so sei es aber mehr, als geschehen, notwendig, ihn sachlich zu belächeln und ihm sein soziales Königtum gehörig um die Ohren zu schlagen. Redner bemängelt sodann, daß der „Vorwärts“ nicht am 18. März einen der Bedeutung des Tages entsprechenden Leitartikel gebracht habe.

Im Schlußwort meint Wächner, auch er habe geglaubt, daß Vernstein so viel Takt und journalistischen Anstand besitzen würde, um seinen Vorwurf gegen den „Vorwärts“ zurückzunehmen; aber nach seinen eigenen Worten sei ja die Sache für Vernstein erledigt. Wir hätten deshalb auch keine Veranstaltung, Vernstein einzuladen. Wenn er sich beschwert fände, so wisse er, wo er sich hinwenden habe.

Aus dem Bericht des Genossen J. Jansen von der Agitationskommission war zu ersehen, daß, trotz der wenig erfolgreichen Agitation, die Kommission ihre Schuldigkeit vollbracht hat und daß mehr als je gearbeitet worden war. Genosse Jansen zeigt dies durch die näheren Angaben über die Zahl der abgehaltenen Versammlungen im letzten Jahr und während der Wahlbewegung, und an der Zahl und Auflage der Flugblätter, Zeitungen und Anländer.

Den Bericht von der Lokalkommission erstattet Genosse Karl Kott, der unter anderem mitteilt, daß die „Praktische des Monats“ nicht mehr gesperrt sind, obgleich sie nicht auf der Berliner Liste stehen, da sie zu Friedrichshagen gehören. Auch das Lokal „Aufhäuser“ sei nicht mehr gesperrt und könnten deshalb auch die Dampfer der Dampfgesellschaft Zücher benutzt werden. Unter „Verschiedenem“ sprach Genosse Kott auch den Wunsch aus, bei ähnlichen Anlässen wie nach der Wahlbewegung lieber den „Wahren Jakob“ einzustampfen als ihn zu verlaufen, wenn er sich als so schlechter Prophet erweisen sollte. Seine Bilder hätten wie Hohn angemutet.

Fünfter Wahlkreis. Der Sozialdemokratische Verein im fünften Berliner Wahlkreise hielt am Donnerstag im „Alten Schützenhaufe“ seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die Namen der seit der letzten Versammlung zur Aufnahme gemeldeten Genossen verlesen. Es waren 171; Einwendungen dagegen wurden keine gemacht.

Den Bericht des Vorstandes gab der Vorsitzende Zucht. Es haben im verfloffenen Jahre 10 Mitglieder-Verammlungen stattgefunden, die meisten mit Vorträgen belehrenden Inhalts. In der Zeit der Wahlagitator wurden nur öffentliche Versammlungen veranstaltet, weshalb in den Monaten Dezember und Januar auf Vereinsversammlungen verzichtet wurde. Der Vorstand hat 18 Sitzungen abgehalten, und Bezirksführersitzungen fanden 10 statt. Im Laufe des Jahres wurden 1164 neue Mitglieder in den Verein aufgenommen; gleichwohl ist die Mitgliederzahl nur auf 1761 gewachsen. Die starke Fluktuation ist zum Teil auf die ungünstige Lage und Gehalt des Wahlkreises zurückzuführen, die es mit sich bringen, daß neugewonnene Mitglieder oft bald in einen der benachbarten Wahlkreise hinauszichen und so für die Organisation des fünften Kreises verloren gehen. Doch müßte, bemerkte der Redner weiter, vor allem in den Bezirken mehr dafür gesorgt werden, daß die neu aufgenommenen Mitglieder der Parteiorganisation dauernd erhalten bleiben. Zur Generalversammlung des Verbandes von Groß-Berlin kann der Verein, weil nicht auf 50 Mitglieder, sondern auf 600 Beitragsmarken ein Delegierter kommt, nur 28 Delegierte wählen. Der Redner erwähnte ferner den Ausfall der Gewerkschaftswahlen und ging dann kurz auf das Ergebnis der Reichstagswahlen ein, die bekanntlich für den fünften Kreis günstig verlaufen sind und im Vergleich zur vorigen Wahl eine Erhöhung der sozialdemokratischen Stimmenzahl von 14568 auf 15029 gebracht haben. Daß nun etwas mehr als 10 Proz. dieser Wähler dem Wahlverein angehören, zeigt, welche Arbeit hier noch zu leisten ist; ebenso der Umstand, daß immer noch eine große Zahl Wahlberechtigter überhaupt nicht gewählt hat. Der Vorstand hat Maßnahmen getroffen, um hier Besserung zu schaffen. Unter Hinweis auf die weniger günstigen Ergebnisse der Reichstagswahl in der Provinz begründete der Redner einen Vorschlag des Vorstandes und der Bezirksführer, für die Erhöhung des Monatsbeitrages um 5 Pf. einzutreten. Schließlich machte der Redner darauf aufmerksam, daß nun nach den Reichstagswahlen keineswegs eine Zeit der Ruhe eintreten kann. Im Herbst sollen in zwei Bezirken des Kreises Stadtverordnetenwahlen stattfinden, und dann folgt im nächsten Jahre die Landtagswahl. Es liegt eine ganze Reihe von Fragen vor, die ernste und große Arbeit erfordern.

Der Kassenbericht, den der Kassierer Kirste vorlas, schloß mit der Einnahmensumme von 8000,61 M., der eine Ausgabensumme von 8140,12 M. gegenübersteht, so daß am Schluß des Halbjahres, auf das sich der Bericht erstreckt, der Bestand 820,49 M. betrug. Unter den Ausgaben sind 1168 M., die an die Verbandskasse abgeliefert wurden. Die Mitgliederzahl des Vereins ist von 1164 auf 1761 gestiegen. Der Redner verlas eine Statistik über die in den letzten 10 Jahren geleisteten Mitgliedsbeiträge, aus der zu entnehmen ist, daß ihre Zahl von 1161 im Jahre 1896 auf 14224 im Jahre 1906 gestiegen ist.

Dann folgte der Bericht vom Aktionsausschuß. Genosse Viepmann führte hierzu aus, daß, wie in anderen Kreisen Berlins, so auch im fünften der Stand der Organisation im Verhältnis zur Wählerzahl unbefriedigend sei. Er wies darauf hin, daß in Hannover bei ungefahr 30 000 sozialdemokratischen Wählern 13 000 Genossen organisiert sind. Das müße für die Berliner ein Ansporn sein, ihre Organisation weiter auszubauen. Ferner bemerkte der Redner, daß Partei und Gewerkschaften jetzt im besten Einvernehmen stehen, und daß der Aktionsausschuß alles beitragen werde, um dieses gute Verhältnis dauernd zu fördern. Der Redner forderte zu eifriger Beteiligung an der auf Antrag der Schneiderorganisation beschlossenen Flugblattverbreitung am Sonntag auf. Er sprach ferner über den verfloffenen Wahlkampf und die beschlossenen Mittel, die der berichtigte Reichsverband, unterstützt durch die Börse, Regierung und den Industriellenverband, hierbei gegen uns angewandt haben. Der Wahlkampf habe gezeigt, wo nun die Agitation vor allem einsetzen müsse. So groß auch die Summen seien, die unserefeits für die Provinz aufgebracht würden, hätten sie sich doch nicht als ausreichend erwiesen. Deshalb empfehle der Zentralvorstand, die Beiträge zu erhöhen, und wenn auch Anträge auf Erhöhung um 10 und um 15 Pf. vorlagen, hätte man sich, um einen einmütigen Beschluß zu erhalten, auf 5 Pf. beschränkt. Für Berlin brauche man keinen Frennig mehr; aber den Berlinern liege die Pflicht ob, für die weniger günstig gestaltete Provinz zu sorgen. Die Organisation habe in Berlin seit Gründung des Zentralverbandes recht erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der organisierten Genossen ist seitdem von 41700 auf circa 65000 gestiegen. Der Redner bemerkte weiter, daß der fünfte Kreis seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Verband musterhaft nachgekommen ist und äußerte sich dann über einige Wünsche, die an das „Mitteilungsblatt“ gestellt worden sind. Es war der Wunsch laut geworden, das Blatt möchte „ethisch anregende“ Artikel bringen. Der Redner erklärte, daß dies dem Charakter des Blattes, das lediglich bestimmt sei, Mitteilungen über die Vorgänge innerhalb der Organisation zu bringen, nicht entspreche. Was darüber hinausgehe, sei Sache des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“. Daß das „Mitteilungsblatt“ seinen Zweck erfülle, zeige sich auch in der Tatsache, daß es von

anderen Parteiorganisationen im Reich zum Muster genommen werde. Die Genossen anderer Parteiorte hätten um Zusendung des Blattes eruchet, um dort etwas Ähnliches einzuführen. Die Kosten des „Mitteilungsblattes“ seien nicht bedeutend, da Redaktion und Expedition im Verbandsbureau ausgeführt werden und keine Kosten verursachen. Zum Schluß forderte der Redner die Anwesenden auf, dem Vorschlag auf Beitragserhöhung ihre Zustimmung zu geben.

Den Bericht von der Prekominmission gab Genosse Wels. Er erwähnte zunächst die Veränderung in der Redaktion des Unterhaltungsblattes, die durch den Tod des Genossen Kraus notwendig wurde, ferner die beschlossene Anstellung eines dritten Sekretärs, die dadurch notwendig wurde, daß die Arbeiten im Sekretariat sich mit dem Wachstum der Auflage des „Vorwärts“ immer mehr häuften. Dann machte der Redner auf die Verbesserung des redaktionellen Teiles durch Ausbau und Belebung der Berichterstattung aus dem Ausland, durch französische, russische und englische Korrespondenzen aufmerksam, sowie auf die im Interesse der Provinz liegende Vermehrung der Bogenzahl und damit des Stoffes. Mancherlei Beschwerden über die juristische Sprechstunde sei dadurch nach Möglichkeit Rechnung getragen, daß nun die Sprechstunde auch Sonabends abgehalten wird und der Genosse Kurt Rosenfeld hierfür gewonnen ist; dann auch dadurch, daß, einer Anregung des Genossen Heinemann entsprechend, den Ratuchenden die Rechtsbelehrung gleich schriftlich mitgegeben wird. Ferner hat sich die Prekominmission infolge einer Annonce der „Neuen freien Volksstimme“ auch mit dem Philharmonie-Orchester befaßt und dann der Expedition aufgegeben, alle solche Annoncen zurückzunehmen, wenn nicht auf die Erwählung hochlohniger Lokale verzichtet werde. Dann hatte sich die Prekominmission mit einem Antrag des früheren „Unterstützungsvereins“, jehigen „Vereins zur Wahrung der Interessen der Ruher“ wegen Aufhebung der vor 4 Jahren durchgeführten Sperre des „Vorwärts“ zu befassen. Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem man durch gründliche Prüfung erkannte hatte, daß der Verein wohl seinen Namen, nicht aber seinen Charakter geändert habe. Dem Verein wurde anbehalten, zunächst Anschluß bei der Gewerkschaftskommission oder dem Kartell zu suchen. Ein anderer Antrag auf Aufhebung der Sperre des Zentralorgans lag vom „Bienenstock“ her vor. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt, da die Prekominmission in keiner Weise der Zersplitterung der Gewerkschaftsorganisation Vorschub leisten wollte. Der Redner bemerkte hierzu, daß, wenn jener Verband sich nun der Metallarbeitergewerkschaft angeschlossen habe, man wohl erwidern müsse, ob die Sperre nicht auch auf diese Organisation ausgedehnt werden solle. Im übrigen erklärte der Redner, daß die Prekominmission und Redaktion stets, von einzelnen Fällen abgesehen, in bester Uebereinstimmung gewirkt haben. Namentlich während des Wahlkampfes sei der „Vorwärts“ in vollem Maße seiner Aufgabe gerecht geworden und eine Fundgrube der Agitation gewesen. Auch in der Polemik gegen Vernstein, Schippel, Braun, Colver und Bernhard sei die Prekominmission einmütig mit der Redaktion einverstanden. Die ebenso entschiedene wie maßvolle Haltung des „Vorwärts“ in dieser Polemik sei durchaus zu billigen. Pflicht der Redaktion sei es, in solchen Fällen Stellung zu nehmen. Der Redner wies schließlich noch auf die Steigerung der Abonnentenzahl seit dem Jahre 1897 von 52000 auf nun 140000 hin und bemerkte, daß dies ein Gradmesser für die Entwicklung der Partei sei und nun dafür gesorgt werden müsse, daß die Zahl der Abonnenten verdoppelt werde.

An den Bericht schloß sich eine kurze Diskussion, in der Genosse Raier anfragte, warum in diesem Jahre keine Märzzeitung erschiene sei, und Genosse Kott sich darüber beklagte, daß Versammlungsberichte von dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften teils ganz verspätet und erst nach mehreren Anfragen im „Vorwärts“ erschienen seien und ein Bericht von den Hiesigenlegern überhaupt nicht aufgenommen sei. Genosse Blanke erklärte sich hinsichtlich des Bienenstockischen Verbandes durchaus mit dem Genossen Wels einverstanden und äußerte den Wunsch, daß, wenn sich dieser Verband der Metallarbeitergewerkschaft angeschlossen habe und somit Aufnahme in das Kartell finde, die Prekominmission darauf auch hinsichtlich der Lokalorganisierten die Konsequenzen ziehen möge.

Auf diese verschiedenen Äußerungen erwiderte Wels, daß die Herausgabe der Märzzeitung nichts mit der Prekominmission zu tun habe, sondern Sache der Buchhandlung sei. Wenn Genosse Kott glaube, daß die Redaktion den Lokalfallen gegenüber parteiisch verfare, so könne er die Prekominmission nicht dafür verantwortlich machen. Es müsse doch dem Redakteur überlassen bleiben, zu entscheiden, ob ein Bericht für die Öffentlichkeit wichtig sei oder ob wegen wichtigerer Sachen zurückgestellt werden müßte. Von seiten der Zentralorganisationen sei die Zahl derartiger Beschwörungen noch viel größer als von den Lokalorganisationen. Dem Genossen Blanke erwiderte der Redner, daß die Prekominmission doch keinerlei Oberinstanz für die Gewerkschaftskommission und das Kartell sei und die Regelung der Streitfragen, dem Beschluß des Mannheimer Parteitages gemäß, zunächst diesen beiden Körperschaften zu überlassen sei.

Auf eine weitere Beschwerde darüber, daß am 18. März keine Versammlungen veranstaltet wurden, bemerkte Viepmann, die Wahlvereine seien befragt worden, ob sie Versammlungen abhalten wollten, aber keiner habe sich dafür erklärt. Uebrigens ehre man die Märzgefallenen am besten dadurch, daß man in ihrem Sinne wirke und handle.

Von der Lokalkommission gab Genosse Kausch Bericht. Die Zahl der Postsendungen dieser Kommission betrug 638, die der Veröffentlichungen im „Vorwärts“ 118. Im fünften Kreise ist das Lokal von Werdit freigegeben; das von Apitzsch ist aus der Liste zu streichen, weil dort kein Betrieb mehr ist. Infolge der Ausdehnung der Lokalliste auf die Provinz, sowie dank der Unterstützung der Agitationskommission und des Arbeiter-Radschreibersbundes, sind hier jetzt mehr Lokale als früher frei geworden. Die Lokalkommission äußert den dringenden Wunsch, daß die Genossen bei Ausflügen mehr als bisher die Lokalliste beachten. Bei Veranstaltung von Vergnügungen sollen die Vereine darauf dringen, daß die Wirte ihren Bedarf an Hellern vom Arbeitsnachweis des Gastwirtsgehilfen-Verbandes beziehen.

Von der Agitationskommission berichtete Genosse Zucht. Er hob zunächst hervor, daß die Gewerkschaften die Partei bei dem Wahlkampf in bester Weise unterstützten, und zeigte dann an mehreren Beispielen, welchen schändlichen Terrorismus die Gegner in der Provinz bei dem Wahlkampf ausgeübt haben und fortdauernd zur Belämpfung der Sozialdemokratie anwenden. Er erwähnte die Saalabtreiber, die Schikanierung der Wirte durch die Behörden, die Konzeptionsentziehungen unter dem Vorwand, daß der Wöllerei Vorschub geleistet werde, wodurch man es dahin gebracht hat, daß Wahlkreise in der Provinz existieren, wo uns überhaupt kein Lokal zur Verfügung steht. Begeidend für die Art, wie auf großen Gütern die Wahlhandlung vorgenommen und das Resultat festgestellt wird, ist ein Vorgang im Wahlkreise Prentlau-Angermünde, in dem unsere Stimmenzahl um 1000 zurückgegangen ist. In einem Orte des Kreises nahm der Wahlvorsteher nach Schluß der Wahlhandlung die Wählerne unter den Arm, um die Stimmen zu Hause auszugehen. Er brachte heraus, daß in dem Orte nur 4 sozialdemokratische Stimmen abgegeben waren. Nun aber haben sich 6 Leute im Orte bereit erklärt, zu beweisen, daß mindestens 20 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden sind. In dem Orte wurde ein Mann gleich nach der Wahl aus der Arbeit entlassen mit der Begründung, er sei Sozialdemokrat. Im Kreise Arnswalde-Friedeberg, wo unsere Stimmenzahl um 400 zugenommen hat, ist auch die Organisation bedeutend gewachsen. Die Flugblätter sind dort größtenteils von den im Kreise wohnenden Genossen selbst verbreitet worden. Der Redner bemerkte noch, daß es notwendig ist, tüchtige für die Partei tätige Genossen in der Provinz mit Geldmitteln zu unterstützen, um ihnen trotz der Verfolgungen den Aufenthalt am Orte möglich zu machen. — Der „Wärtische Landbote“ ist in 300 000 Exemplaren verbreitet worden. Die „Fackel“ wird ebenfalls planmäßig verbreitet.



# Mitglieder aller Branchen!

Am Freitag, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr:

## Außerordentliche General-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung: 1. Beratung eingegangener Entwürfe zur Haupt-Generalversammlung. 2. Vorschläge der Kandidaten für die Delegiertenwahl zur Haupt-Generalversammlung. 3. Neuwahl der Delegierten für die Berliner Gewerkschaftskommission. **Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang zur Versammlung vorzuzeigen. Wer mit seinen Beiträgen über 10 Wochen im Rest ist, hat keinen Zutritt.** Die Ortsverwaltung II.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239, Charlottstraße 3. Hof III. Amt 3, 1957.

### Sonnabend, den 23. März, abends 8 Uhr: Bezirks-Versammlung für Köpenick

im Lokal von Jakob Moll, Köpenick, Grünauerstr. 7. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Störmer über: Das Entstehen, Werden und Vergehen aller Dinge. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

### Sonntag, 24. März, von vorm. 10-2 Uhr

### Wahl von 39 Delegierten 8. General-Versammlung in München

- in folgenden Lokalen statt:
- Milbrodts Gesellschaftshaus, Mollerstr. 7.
  - Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
  - Wernaus Festsäle, Schwadnerstr. 23.
  - Kranz' Restaurant, Dunckerstr. 8.
  - Lifins Festsäle, Memelerstr. 67.
  - Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
  - Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I).
  - Dalys Restaurant, Skalfitzerstr. 51/52.
  - Wiemers Restaurant, Bulowstr. 58.
  - Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
  - Volkshaus in Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
  - Thiel in Rixdorf, Bergstr. 152.
  - Fritsch in Steglitz, Florastr. 2a.
  - Böhle in Spandau, Neumeisterstr. 5.
  - Kaufhold in Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 18.
  - Tempel in Rummelsburg, Alt-Boxhagen 56.
  - Schüler in Köpenick, Hohenzollernplatz 6.
  - Schmutz in Weißensee, König-Chaussee 38.
  - Gehlhaar in Tegel, Berlinerstr. 92.
  - Mokulys in Tempelhof, Berlinerstr. 9.
  - Wetthorn in Königs-Wusterhausen.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Die Stimmlisten werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt. Wahlleiter ist Otto Handke, Charlottstr. 3.

## Zentral-Verband der Stukkateure

Filiale Berlin. Sonnabend, den 23. d. M., abends 1/9 Uhr, in den festlich dekorierten Räumen der Brauerei Friedrichshain am Königstor. **„Kirchweih in Schoppeim“** Großes Alpen- und Kostümfest aller Deand'ln, Buab'n, G'scherte, Sepp'l, Lack'l und Wurs'n! **Da san ma bei'and'.** 3 Kapellen. Tanz in zwei Sälen. Garderobe 20 Pf. Festzeitung 10 Pf. Eintrittskarten a 50 Pf. in den Zahlstellen des Verbandes. Die Nummer der Festzeitung dient als Lotterienummer zu einer Verlosung, in der nur agrarische Produkte wie Tauben, Hühner, 1 Ziege, Käse und noch mehr so lebende Ware zur Verteilung gelangt. Vier Wochen und länger erwerbslose Kollegen erhalten von heute ab bis Sonnabendmittag 1 Uhr im Verbandsbureau zwei Einladungskarten frei. Das Bureau ist von 1 Uhr ab für Sonnabend geschlossen. Zahlreiche Teilnahme erwartet und einen humorvollen Abend verspricht allen Kollegen, Freunden und Bekannten. **Das Festkomitee.**

### Extra-Unterstützungskasse für Buchbinder

und verwandte Gewerbe zu Berlin. Sonntag, den 24. März 1907, vorm. präzis 10 Uhr:

Ordentl. General-Versammlung bei Lippe, Neischlostr. 15. Tages-Ordnung: 1. Berichtigung der Protokolle. 2. Bericht des Kassendirektors und Decharge-erteilung. 3. Statutenänderung (§ 5, Absatz 1). 4. Verschiedene Kassensangelegenheiten. 22656 Der Vorstand: J. H. H. Herzhoff, Vorsitzender.

### Orts-Krankenkasse der Zigarrenmacher, Zigarettenmacher, Zigarrensortierer u. deren gewerbliche Hilfsarbeiter zu Berlin.

Donnerstag, den 28. März, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Merganderstr. 27c:

General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vorlesung des Jahresberichts. 2. Bericht der Revisionskommission. 3. Vorschlag über Statutenänderung. 4. Verschiedenes. Nur Delegierten zur Generalversammlung haben Zutritt. Der Vorstand. 271/11

## Deutscher Holzarbeiter-Verband. Branche der Vergolder.

Montag, den 25. März, abends präzis 8 Uhr, in den Arminenhallen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal):

### Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Unser Arbeitsnachweis. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Versammlungen werden pünktlich 8 Uhr eröffnet. Mitgliedsbuch ist behufs Eintragung des Kontrollstempels am Eingang vorzuzeigen. Der Branchenleiter: Emil Oehlert, ab 1. April ex. Friedrichsfelde bei Berlin, Pringens-Allee 12, I. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr: Sitzung der Branchenkommision bei Werkowitsch. (88/4) D. D.

## Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands Verein Berlin und Umgegend.

Bureau u. Arbeitsnachweis: Alte Schützenhauserstr. 20, Eing. Steinstr. 38. Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon: Amt III, 8574.

### Sonntag, den 24. März, vormittags 10 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12: Beschließende Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1a. Kasienbericht vom 4. Quartal 1906. b. Bericht der Revisoren. 2. Berichtsetzung von der freien Metallarbeiterkonferenz. 3. Beschlußfassung und Entwürfe. 4. Gewerkschaftliches. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. J. H. Max Zedler.

### Achtung! Achtung! Donnerstag, den 21. März 1907, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung

in Kellers Festsaal (Inh. Freyer), großer Saal, Koppenstr. 29. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Eugen Brückner über: „Die bürgerlichen Parteien bei der letzten Reichstagswahl, und was haben die Kommunisten zu tun?“ 2. Diskussion. Der Einberufer.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband. Heute Donnerstag, den 21. März, vormittags 10 Uhr: Versammlung der Ausgesperrten

in der „Neuen Welt“, Hasenheide. Die Ortsverwaltung.



Heute wie seit Jahren erfreuen sie sich der Gunst der Raucher, welche Qualität suchen und dieselbe zu würdigen verstehen.

# JOSETTI VERA

CIGARETTEN stehen nach wie vor auf dem höchsten Gipfel der Vollkommenheit. 10 St. 30 Pfennig.

Zoeben erschienen: 230714  
**Der Weg zum Licht.**  
Ein Beitrag an die deutsche arbeitende Jugend von Max Peters. Mit einem Vorwort von Paul Göhre. — Preis 25 Pf.  
Ferner empfehlen wir:  
**Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisation** von Dr. Ludwig Brand. Preis 20 Pf., in besserer Ausstattung 50 Pf.  
**Militarismus und Antimilitarismus** unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung. Von Dr. Karl Liebknecht. — Preis 1 Mark.  
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. Lindenstraße 69, Laden.

Die **Möbel-Fabrik** von **A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5**  
empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 240-10 000 M. in nur anerkannt geübiger Ausführung in jeder Holz- und Eilart sowie auch Volkswaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Anläufe Zahlungen. Tel. Amt IV 6577. [1396]2\*

**Hygienische Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. dicht am Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

**Frankes Festsäle, Sebastianstr. 39.**  
Empfehle meine Säle und Vereinszimmer zu Versammlungen und Festlichkeiten; für Sommerfeste auch Garten und Kaffeefische. Sonnabende und Sonntage noch frei. Telefon Amt IV Nr. 10 350. 42462\*

**Singer Nähmaschinen.**  
Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!  
Weltausstellung Paris 1900: Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.  
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Stenographie.  
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.** Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

Der Ausgleich.

Das Wien wird uns vom 17. März geschrieben: Wieder reifen die Minister von Budapest nach Wien und von Wien nach Budapest: wieder einmal wird über den sagenhaften Ausgleich verhandelt. Wie lange noch und wie oft noch? Oder zum letzten Male? Denn diesmal ist es ernst, und es kann leicht der berühmten „Monarchie auf Kündigung“ wirklich gefährdet werden — wenn gleich nicht auf vierzehn Tage, so doch auf zehn Jahre.

Das Tragikomische der gegenwärtigen Situation ist nun, daß ein Ausgleich schon vorlag, die Vereinbarung schon zustande gekommen war, daß diese aber aus Willkür vernichtet wurde und daß jetzt beide Regierungen, obwohl sie beide gleichmäßigen Schulden tragen, innerlich bedauern werden, diese unsfruchtbareren Verhandlungen ohne rechtliche Notwendigkeit heraufbeschworen zu haben. Der Ausgleich — unter welchem Namen man die periodisch wiederkehrende Neuregelung der wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten versteht — wurde bekanntlich im Jahre 1867, dem Geburtsjahr des dualistischen Österreich-Ungarn, zum erstenmal geschlossen und seitdem alle zehn Jahre erneuert. Im Jahre 1897 wurde die fällige Erneuerung, die natürlich nur durch Gesetze geschehen kann, durch die damals ausgebrochene Opposition der Deutschen verhindert; diese ist überhaupt, wenn man es auch in Österreich nicht gern hören will, der Ausgangspunkt der dualistischen Krise. Man behielt sich zuerst mit einer bloßen einjährigen und also provisorischen Erneuerung der alten Verträge; da aber das Abgeordnetenhaus konstant arbeitsunfähig blieb und da Ungarn zu einem Defizitium drängte, griff man zu dem Ausweg, der unter dem Namen des „ökonomischen Ausgleichs“ bekannt ist. Es wurden nämlich die Vereinbarungen, zu denen die Regierungen Baden und Bausitz gekommen waren, von jedem Staate selbständig verfaßt, also nicht mehr als Bündnis mit dem anderen Staate, und zwar unter Voraussetzung und Bedingung der Gegenseitigkeit im anderen Staate — was man das „Reziprozitätsverhältnis“ nennt. In Ungarn geschah das durch das Gesetz vom Jahre 1899; hier wurde der Ausgleich mittels der berichtigten Bestimmungen „auf Grund des § 14“ (Verordnungen der Gesamtregierungen ohne Zustimmung des Reichsrates) in Kraft gesetzt. Gleichzeitig wurde aber vereinbart, daß die Verhandlungen über einen normalen Ausgleich (also wieder in Form des Bündnisses) von neuem begonnen werden sollen, daß der nächste Ausgleich demnach wieder in allgerader Form zu schließen sei. Dieses Bündnis wurde dann zwischen den Regierungen Koberger und Szell tatsächlich perfekt: nach unsäglichen Mühen kam der neue Ausgleich Silvester 1902 zu Stande.

Es wäre also wohl möglich gewesen, wieder in das alte Gleis einzubiegen, wenn eben die gesetzgeberische Verfestigung der Vereinbarungen der Regierungen nicht durch die inneren Wirren in beiden Staaten gehindert worden wäre. Das österreichische Abgeordnetenhaus litt an der tschechischen Opposition und gelangte erst nach dem Falle Koberger zu einem Stillstand des Ausgleichs, nämlich den autonomen Zolltarif, zum Gesetze zu gestalten. Und zwar wurde der Zolltarif erst beschlossen, nachdem die wichtigsten der internationalen Handelsverträge vereinbart waren;

man hatte sich so gefolgt, daß man die Verhandlungen mit Italien und Deutschland auf Grund des Zolltarifentwurfes geführt hätte, der freilich — als die Vereinbarung zweier Regierungen — der Einflussphäre der Parlamente ohnedies unerschütterlich war. Das dem Zolltarif zugrunde liegende Zoll- und Handelsbündnis blieb aber auch in Österreich unerledigt.

Als der österreichische Reichsrat halbwegs in Ordnung gekommen war, brach wieder in Ungarn eine schwere politische Krise aus, die das parlamentarische Leben durch Jahre zum absoluten Stillstand brachte. Als man infolge Vereinbarung mit Deutschland im März 1906 den Handelsvertrag in Kraft setzen sollte, war er im ungarischen Reichstag gar nicht beraten! Ebensoviele der Zolltarif, der seine Grundlage ist. Das Abgeordnetenhaus selbst war aufgelöst, und die Krise stand auf ihrem Höhepunkt. Dem Tarif und den Handelsverträgen wurde daher durch Beschlüsse an die Zollämter provisorische Geltung verschafft. Nun kam der Friedensschluß zwischen der Koalitionsmehrheit und der Krone, es folgten die Wahlen, welche der Unabhängigkeitspartei, die die Gemeinamkeit mit Österreich prinzipiell verneint, die Mehrheit im Reichstage brachte. Die Trennung verstanden konnte diese Mehrheit natürlich nicht; also wollte sie wenigstens die „Rechtshilfe“ des selbständigen Zollgebietes bewahren, aus welcher die „selbständige“ Regelung des Jahres 1899 hervorgegangen war. Sie erklärte also, sich an den Pakt Koberger-Szell nicht gebunden zu fühlen. Zwar wollte sie nicht seinen Inhalt verwerfen, wohl aber seine Form: es sollte kein Bündnis geschlossen werden, sondern ein Vertrag, und der gemeinsame (österreichisch-ungarische) Zolltarif sollte sich in einen autonomen (ungarischen) verwandeln, dem die Geltung für Österreich nur durch die Klausel der Reziprozität verschafft wird. Man hat hier eine Probe von dem geistlosen, nur auf die Effektivität der dreifachen Chauvinismus der zurzeit in Ungarn ausschließlich herrschenden Klassen; denn außer einer mehr als fragwürdigen Einzelheit kam die bloße Umantzung des Zolltarifs (denn inhaltlich und materiell ist und bleibt er ja gemeinsam) wohl kein denkbares Interesse befriedigen. Darüber kam es nun zu einem Konflikt mit der österreichischen Regierung; die Krone stellte sich auf Seite der ungarischen Regierung, sie gab ihre Zustimmung zur Einbringung des „ungarischen“ Tarifs, Hochzölle demissionierte, und die neue österreichische Regierung erklärte, nach jener Vertragsunterzeichnung sich gleichfalls an die alten Abmachungen nicht halten und nur über den ganzen Komplex der Ausgleichsfragen verhandeln zu wollen. Dieses Uebertreiben der Wirkungen einer äußerlichen Veränderung läßt sich nur aus der exponierten Stellung erklären, welche den österreichischen Regierungen nach Szell durch die Wahlreformsvierigkeiten zugeteilt war. Es richteten die Wahlreformfeinde nämlich ihren Angriff vorzugsweise gegen die vermeintliche Schwäche der österreichischen Minister gegenüber Ungarn; also zwang sich Hochzölle und zwang sich noch mehr zur „Energie“, obwohl es eigentlich klar war, daß man von einer ungarischen Regierung der Unabhängigkeitspartei nicht mehr erzielen werde, als von einer der Dualismus bejahenden, als von dem ausgleichstreuen Szell erzielt worden war. Seitdem sind aber die chauvinistischen Strömungen in beiden Staaten nur noch stärker geworden, und für einen Ausgleich ist das die rechte Stimmung nicht.

Wie steht nun die Sachlage in materieller Hinsicht? Die österreichische Regierung wäre, obwohl sie natürlich auch Detailforderungen erhebt, sicherlich geneigt, die alten Vereinbarungen zu übernehmen, wenn der Ausgleich statt auf zehn, auf zwanzig Jahre getroffen würde: ihre Forderung ist der langfristige Ausgleich, der die Fortdauer der Zollfreiheit für zwanzig Jahre verbürgt. Darauf läßt sich aber die ungarische Regierung — Franz Kossuth hat es letzten Freitag mit der größten Deutlichkeit erklärt — absolut nicht ein. Ungarn will unter allen Umständen 1917 auch gegen Österreich Zollschranken aufrichten, es will für seine aufstrebende Industrie auch gegen Österreich Zollschutz verlangen. Die ungarische Regierung

möchte zwar auch einen Vertrag über 1917 hinaus schließen, doch müßte er die Zwischenzolllinie schon von 1917 an enthalten, müßte er das selbständige Zollgebiet wenigstens für die Zukunft begründen. Es ist unmöglich und undenkbar, daß sich eine österreichische Regierung auf diese Zwischenzolllinie noch zehn Jahre schon jetzt einläßt; für einen solchen Vertrag ist zehn Jahre später noch immer Zeit genug. Es wird also bei einem Verträge (nicht Bündnis) da haben die Ungarn schon gefiegt) auf zehn Jahre bleiben, und sicher ist, daß er ungleich weniger „innig“ sein wird, weniger Gemeinamkeiten enthalten wird als die bisherigen Zoll- und Handelsbündnisse. Vor allem strebt die ungarische Regierung nach der Auflösung der Gemeinamkeit bei den Verzehrungssteuern, (Bier, Branntwein, Zucker und Petroleum) die jetzt nach gleichen Grundsätzen geregelt, also in beiden Staaten in gleicher Höhe eingezogen werden und deren Ertrag nach dem Konsum verteilt wird; der freie Verkehr in diesen Artikeln wird also wohl verschwinden. Dagegen will die österreichische Regierung die Aufhebung der Verträge über die Eisenbahntarife und eine Verschärfung der Veterinärvorschriften; auch sie kann ihre Forderung durchsetzen, weil ja überhaupt die Position desjenigen unüberwindlich ist, der in diesen Verhandlungen etwas nicht will. Wie es mit der Gemeinamkeit der Rotenbahn, die Ende 1910 abläuft, beschaffen ist, das ist nicht leicht zu erkennen. Einesteils fordern die ungarischen Unterhändler ihre Verlängerung als Folge der Zollgemeinamkeit in deren Dauer, also bis Ende 1917; andererseits gebietet sich die ungarische Öffentlichkeit, als ob sie die Errichtung einer eigenen Rotenbahn nicht erwarten könnte. Sicher ist, daß Österreich an der Bankgemeinamkeit nichts verliert, an ihrer Auflösung nur gewinnen könnte, daß also die Drohung, das Bankabereinkommen nach 1910 nicht zu erneuern, in diesen Verhandlungen so ziemlich seine stärkste Waffe ist.

Neben dem Ausgleich läuft noch eine ganze Reihe ungelöster Fragen, die wahrcheinlich weiter ungelöst bleiben werden. Da ist die Frage nach der Kapitalisierung des ungarischen Beitrages zur Verzinsung der einst gemeinsamen Staatsschuld. Dann die Frage der Aufnahme der Darlehen der Rotenbahn (durch die Banklast ist nämlich die Verpflichtung der Bank, ihre Banknoten bar einzulösen, derzeit suspendiert), sodann die Bahnverbindung zwischen Dalmatien und dem übrigen Österreich, wozu das Einverständnis Ungarns notwendig wäre, da Dalmatien mit dem übrigen Reich territorial nicht zusammenhängt. Für diese Bewilligung verlangt Ungarn eine ähnliche, nur weit bedeutendere; den Anschluß seiner Schienen über das österreichische Gebiet an Annaberg, also seine direkte Verbindung mit Deutschland. Aber damit würde Österreich seinen größten Vorteil, den Vorteil seiner geographischen Lage, aufgeben und es ist ausgemacht, daß sich die österreichische Regierung auf die Erfüllung dieser Forderung einläßt.

Zogt ein Ausgleich nun natürlich zustande kommen, aber es wird ein Vertrag zum Zwecke der Auflösung sein. Wenigstens nach dem Willen der gegenwärtigen Machthaber in Ungarn und nach der augenblicklichen Stimmung in Österreich. Doch in zehn Jahren kann sich vieles ändern, kann insbesondere durch die Wahlreform in Ungarn ein Parlament herbeigebrotcht werden, das weniger an chauvinistische Nischen denkt, dagegen weit mehr den realen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Und dann kann es sich vielleicht herausstellen, daß Österreich und Ungarn, die miteinander jährlich für zwei Milliarden Kronen Waren tauschen, die einander so bedürfen und einander ergänzen, erst den rechten Ausgleich schließen können und schließen werden.

Budapest, 19. März. (V. H.) Der überwiegende Teil der Blätter konstatiert, daß der Stand der Ausgleichsverhandlungen ein unbefriedigender und wenig Aussicht auf eine Einigung zwischen Österreich und Ungarn vorhanden sei.

Möbel advertisement for Rudolf Bartsch, featuring large stylized text and details about furniture and services.

Fabrik Rudolf Bartsch Oranien-Str. 73. Geogr. 1889. Advertisement for furniture with various room packages and prices.

Kleine Anzeigen - Small advertisements section header.

Verkäufe - Sales section containing various items for sale like carpets, furniture, and household goods.

Teppiche mit Farbenflecken - Carpets with stains; Gardinen, Portieren, Tischdecken - Curtains, drapes, tablecloths; Wandbilder - Wall paintings.

Gardinen, Portieren, Tischdecken - Curtains, drapes, tablecloths; Wandbilder - Wall paintings; Möbelkäufe - Furniture purchases.

Möbelkäufe - Furniture purchases; Kinderwagen - Children's carriages; Brennaberräder - Bicycles.

Milchgeschäftsbearbeitungen - Dairy processing; Möbelfabriken - Furniture factories; Brennaberräder - Bicycles.

Teppiche mit Farbenflecken - Carpets with stains; Gardinen, Portieren, Tischdecken - Curtains, drapes, tablecloths; Wandbilder - Wall paintings.



Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Am Sonntag, den 24. März, früh 8 Uhr, findet im 4., 5. und 6. Berliner Wahlkreis sowie in Rigdorf eine Flugblattverbreitung zur Unterstützung des Boykotts, welchen der Verband der Schneider über eine Reihe Firmen verhängt hat, statt.

Wir bitten die Genossen der genannten Kreise zahlreich und frühzeitig bei der Verteilung tätig zu sein und so der Gewerkschaft der Schneider die beschlossene Beihilfe zu leisten.

Ull-Stenide. Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Lokale der Witwe Dabrecht, Friedrichstr. 2, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Die Tagesordnung lautet: „Was lehren uns die letzten Reichstagswahlen?“ Referent: Genosse Julius Hildebrandt, Berlin. Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Berliner Nachrichten.

Pastorenweisheit aus Klingel-Volles Reich.

Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sind den Gegnern der Arbeiterklasse alle Mittel recht. Preßorgane aller bürgerlichen Parteien, von „angesehensten“ Zeitungen der Haupt- und Residenzstadt bis zu armseligsten Käseblättern entlegener Landstädchen, übernehmen unbesonnen alle die Schauererzählungen, die aus der Fabrik des Lügenverbandes hervorgehen. Seit der Lügenverband gezeigt hat, wie man's machen muß, um Erfolg zu haben, hat er allenthalben bei den Gegnern der Arbeiterklasse an Kredit gewonnen. Kürzlich hat man uns einige Nummern einer in Berlin erscheinenden „Auch-Zeitung“ zur Verfügung gestellt, des „Fabrikboten der Meierei G. Volle“, der allwöchentlich den Angehörigen Klingel-Volles als Lesüre aufgenötigt wird. Auch in diesem Blättchen begegnen wir manchem der Fabrikate des Lügenverbandes. Redakteur des „Fabrikboten“ ist Herr Pastor Arnold, der bei der Firma Volle das Amt eines Hausgeistlichen inne hat. Dieser Prediger des Gotteswortes würde wahrscheinlich sehr enttäuscht sein, wenn z. B. der „Vorwärts“ aus anderen Blättern die erste beste Kotiz über Klingel-Volle übernahm, ohne selber zu prüfen. Und vielleicht würden wir dann von ihm uns auf das achte Gebot hinweisen lassen müssen, das ihm als Geistlichen ja bekannt sein und zu allererst einfallen wird.

Wir täten dem Blättchen des Herrn Pastors zuviel Ehre an, wenn wir es ernst nehmen und es einer Widerlegung würdigen wollten. Uns dient es höchstens zur Erheiterung. Damit aber auch unsere Leser sehen, mit wie wenig Verstand der Vollesche „Fabrikbote“ redigiert wird, wollen wir aus den uns vorliegenden Nummern ein paar Proben zum besten geben. Wie lesen da z. B.: „In Rudenwalde beschloß die Partei der „Roten“ die Gründung einer Vereinsbäckerei mit 128 000 M. Anlagekapital, was aus naheliegenden Gründen den Ruin des dortigen Bäckergewerbes bedeuten kann.“ An diese Nachricht knüpft das Blättchen noch einige einjältige Bemerkungen über den angeblichen Wunsch der Sozialdemokratie, den Heinen Geschäftsmann durch solche und ähnliche Unternehmungen zu ruinieren. Als Herr Pastor Arnold das aufnahm, dachte er offenbar nicht an die bedeutende Zahl kleiner Geschäftsleute, die durch die Meierei Volle überflüssig gemacht worden sind. Und ist nicht genau bekannt, wie groß gegenwärtig Volles Milchumfaß ist, er wird aber mit 100 000 Liter pro Tag nicht zu hoch gegriffen sein. Jeder kann sich leicht ausrechnen: erstens, wie hoch Volles Profit pro Tag sein wird; und zweitens, wie viele selbständige Milchhändler von dem Profit dieser einen Großfirma leben können. Die meisten der Hunderte von erwachsenen Angestellten Volles, die jetzt in drückendster und beschämendster Abhängigkeit von dieser Firma ihr Brot verdienen müssen, könnten ihr eigenes kleines Geschäft haben, wenn Volles Meierei nicht wäre. Selbstverständlich wissen wir so gut wie die Firma G. Volle, daß es nun mal die unausschließliche Folge des Anwachsens der Großbetriebe ist, daß dabei zahlreiche kleine Gewerbetreibende zugrunde gehen müssen und dem einen Großunternehmer als Angestellte zu dienen genötigt sind. Und die Firma G. Volle weiß das so gut wie wir. Aber dieser Großunternehmer und sein Pastor bilden sich doch hoffentlich nicht ein, daß die Heinen Geschäftsleute sich von einem gottesfürchtigen Kommerzienrat lieber ruinieren lassen als von Genossenschaft und Konsumvereinen kirchensprender Arbeiter?

Noch eine andere, amüsantere Probe aus Pastor Arnolds Blättchen verdient mitgeteilt zu werden. Jede Nummer des „Fabrikboten“ beginnt mit einem religiösen Teil, der aus Bibelzitate, Lied, Spruch, Predigt, erbaulicher Erzählung usw. besteht. In diesem ersten Teil des Blättchens wird die „Milch des frommen Denkari“ verzapft, die nachher in der „religiösen Wochenschau“ sich in „gärendem Drachengift“ verwandelt und die jählos gegen die Sozialdemokratie versprüht wird. Eine der Erzählungen schildert in ernsthaftem Ton, wie die Bewohner eines Dorfes von ihren Sünden bekehrt werden. Das kam so. Im Nachbarort ließ ein Junge einen Drachen steigen, an dessen Schwanz er eine Bibel angebunden hatte, um ihn zu beschweren. Der Bengel, der dieses gotteslästerlichen Streuges sich erdrehte, war sogar des Pastors Sohn. Man sieht, daß selbst in Pastorenhäusern die Bibel zu sehr sonderbarsten Zwecken mißbraucht werden kann. Wir möchten aber keinem Volle-Burschen raten, mit seiner Bibel ähnliches zu versuchen. Wenn er dafür nicht sofort aus Volles Paradies hinausflöge, so würde mindestens über ihn die härteste aller Strafen verhängt, die in dem reichhaltigen Strafregister der Meierei Volle verzeichnet stehen. Doch lehnen wir zurück zu dem unfrommen Pastorsohne. Auch bei ihm folgte auf die höfe Tat sofort die bittere Strafe: die Schnur zerriß — und futsch war der Drache samt der Bibel. Erst über dem erwählten sündhaften Dorf, das eine Meile weiter lag, löste sich die Bibel von dem Schwanz des Drachens, und das Gotteswort fiel mitten unter die gottentwendeten Bauern. Diese erschrafen nicht wenig über das vom Himmel gefallene Buch, und in ihrer Herzensangst holten sie den Pastor. Der aber bekehrte sie, das Buch sei eine Bibel, der liebe Gott habe ein Wunder verrichtet, er rufe die Bauern zur Buße, und so weiter. Da sahen die Bauern ab von ihrem sündhaften Lebenswandel und bekehrten sich und wurden fromm. Und die Jahre vergingen, der Pastor starb und ein anderer Pastor kam ins Dorf. Als der die vom Himmel gefallene Bibel zu sehen kriegte, erkannte er, daß es seine eigene war, die er als Junge an den Drachen gebunden hatte. Da lächelte er, aber er — sagte keinem, was für eine Verwandnis es mit der Bibel hatte. So steht's zu lesen in dem Volleschen „Fabrikboten“, den ein Posto redigiert. Man ersieht aus dieser

Geschichte, wie ein paar Pastoren gleichermaßen ihre Schäflein zu beschwenden wußten. Wir möchten aber keinem der Angestellten Volles raten, daraus den Schluß zu ziehen, daß es noch mehr Pastoren von dieser Sorte gebe. Oder denkt jemand, daß ein Pastor zu diesem Zweck solche Geschichten erzählt?

Die Polizeistunde in Berlin.

Zwar sind wir in Berlin noch nicht „so weit“, daß die Polizei die Einwohner mit „einem faulen Druß ins Bett befördert“, wie dies Herr v. Schmudmann neulich im Abgeordnetenhaus verlangte, aber wir sind auch nicht so sehr weit davon entfernt. Das bestimmt sicher die Polizei schon heute, wann der Bürger nach Hause gehen muß und das fordert sie durch die Polizeistunde. Sie setzt fest, zu welcher Zeit die Lokalinhaber ihre Lokale zu schließen haben und bietet zur Kontrolle ihrer Vorschriften einen ganz ansehnlichen Beamtenapparat auf. Der hat genau aufzupassen, ob nicht etwa einige Minuten über die festgesetzte Zeit sich noch Gäste in einem Lokale befinden und wehe dem, der da ertwischt und angezeigt wird. Die Strafmassstäbe hegen dann nur so.

Die Festsetzung dieser Polizeistunde in Berlin wie auch anderswärts ist aber keine einheitliche. Mit seinem Gefühl für das Bedürfnis unterscheidet die Polizei, wer einer Verlängerung der Polizeistunde für würdig erachtet wird. 11 Uhr ist die Zeit, zu welcher gewöhnlich die Schließung der Lokale einzutreten hat und es ist bekannt, daß diese Bestimmung in den meisten Fällen streng beobachtet wird, wenn es sich um Lokale mit Arbeiterfrequenz handelt. Besitzer von Lokalen mit Damenbedienung oder Inhaber von Cafés mit dem Verkehr der Demimonde erhalten viel leichter längere oder gar Nachkonzession als ein Gastwirt, bei dem Arbeiter oder beruflicher Gehilfe, Sozialdemokraten verkehren. Die Festsetzung der Polizeistunde für ein Lokal ist heute der Willkür der Polizei überlassen und speziell auf dem Lande wird die Polizeistunde als Erziehungsmittel für politisches Wohlverhalten benutzt.

Infolge der Rede des Abgeordneten v. Schmudmann und der Antwort des Ministers im Abgeordnetenhaus beschäftigte sich auch eine Delegiertenversammlung des Verbandes der Gast- und Schankwirte Berlins mit der Polizeistunde für Berlin. Es wurde daraufgelegt, daß Berlin noch dieselbe Polizeistunde habe, wie sie im Jahre 1866 festgesetzt worden sei. Eine Reform sei dringend notwendig. Es bleibe nichts anderes übrig, als daß die Gastwirte nochmals an den Minister herantreten, und um eine Verlängerung der Polizeistunde nachsuchen; zunächst soll aber eine Petition an den Polizeipräsidenten geschickt werden.

Außerdem hat auch eine Deputation von Gastwirten dem Polizeipräsidenten ihre Wünsche um Verlängerung der Polizeistunde vorgebracht. Der Polizeipräsident soll diesen Wünschen durchaus sympathisch gegenüberstehen und keineswegs den Standpunkt teilen, daß die Bewohner der Reichshauptstadt schon um zehn oder elf Uhr schlafen gehen müssen. Der gewaltige internationale Fremdenverkehr erfordert ein besonderes Entgegenkommen. Der Polizeipräsident teilte auch die, von den Gastwirten vorgebrachte Auffassung, daß im Falle die Polizeistunde herabgesetzt würde, das nächtliche Stöbeln einen so großen Aufstand nehmen würde, daß es sich jeder Kontrolle entzöge. Weiterhin machte der Polizeipräsident den Gastwirten Hoffnung auf Festsetzung einer einheitlichen Polizeistunde für Berlin und den ihm unterstellten Vororten. Der Polizeipräsident ersuchte zum Schluß die Deputation, das mitgebrachte Material in einer Denkschrift zusammenzustellen.

Wünschenswert wäre allerdings auch auf diesem Gebiete eine Einheitlichkeit und vor allen Dingen eine gleichmäßige Behandlung der Lokalinhaber. Vorläufig aber begnügen wir, daß die Schikanen, die durch die Polizeistunde heute geübt werden, sobald verschwinden.

Ein heftiger Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge fand am Dienstagabend gegen 7 Uhr in der Berlinerstraße in Pantow statt. In der Nähe des Bahnhofs der Sittlinger Bahn hielt ein Straßenbahnzug der Linie 57, dem ein Straßenbahnzug der Linie 49 folgte. In dem Augenblick, als bei dem Vorzug die Bremsen gelockert wurden, rollte der Motorwagen an der an jener Stelle abschüssigen Straße ein kurzes Stückchen zurück und der Zug lief an den nachfolgenden Straßenbahnzug an. Der Anprall war so heftig, daß dem Anhängewagen des Straßenbahnzuges der Linie 57 beide Plattformen, an dem Motorwagen die Hinterplattform eingebückt wurden. An dem Motorwagen des angefahrenen Zuges wurde der Kontrollierlich beschädigt. Die Herren Oberpostsekretär Kraft und Kaufmann Knauer, die beide im Begriff waren, den Anhängewagen des leichten Zuges zu verlassen, wurden zu Boden geschleudert. Der erstere erlitt eine Verstauchung des rechten Beines, Knauer eine Verstauchung des Rückenmarks. Die beiden Verunglückten erhielten auf der Unfallstation die erste Hilfe.

Heberfahren und schwer verletzt wurde am Dienstag ein Fußfahrer in der Gollnowstraße. Dort fuhr ein mit drei weiteren beladener Leiterwagen entlang. In der Ecke der Gollnow- und Neuen Königsstraße hielt ein Wägereiwagen, an welchem sich der Fahrer zu schaffen machte, um die Bespannung in Ordnung zu bringen, als das mit drei weiteren beladenen Fuhrwerk herankam und so dicht an dem Wägereiwagen vorbeiging, daß der Fußfahrer niedergeworfen wurde und mit dem rechten Bein unter die Räder des schweren Lastwagens geriet. Dem Unglücklichen wurde der Knochen des Unterschenkels durchschlagen. Der Schwerverletzte wurde nach der Unfallstation in der Steilstraße und von dort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt.

Die Gartenbauausstellung im Zoologischen Garten ist bis einschließlich Sonntag, den 24. d. M., verlängert worden.

Die in beiden Zirkussen stattfindenden Ringkämpfe haben schon wiederholt zu Ausschreitungen der Ringer unter sich und zu tollen Ranzgenen des Publikums geführt. Der Polizeipräsident hat auch schon eingegriffen und in einem Falle das Auftreten einiger Wettkämpfer untersagt. Zu erheblichen Ranzgenen kam es am Dienstag im Zirkus Schmudmann während des Ringens zwischen dem Polen Jankowski und Jakob Koch. Die ersten 15 Minuten verliefen ruhig. Während der zweiten 15 Minuten brachte Jankowski verbotene Griffe in Anwendung und erhielt deshalb vom Schiedsgericht eine Verwarnung. Ränzen und Feiern durchhallte den Zirkus. Dadurch wurde Jankowski noch mehr gereizt, er stellte seinem Gegner ein Bein und brachte ihn so auf beiden Schultern zu liegen. Als das Publikum dieses sah, fing es wiederum an zu lärmen, zu johlen und zu pfeifen. Auf sie: Schwindel! Betrug! Schieber! und Schiedung! waren an der Tagesordnung. Von einem der nummerierten Plätze wurde sogar ein Bierseidel in die Manege geworfen. Der Kampf wurde aber weitergeführt und mußte nach 30 Minuten als unentschieden abgebrochen werden.

Im Prater-Theater wird am Freitag „Der Hypochonder“ Lustspiel in 4 Akten von Gustav v. Moser zum ersten Mal in Szene gehen.

Stroßensperrung. Die Unionstraße von 40 Meter weislich der Bremerstraße bis zur Bremerstraße wird behufs Ampfasterung sofort bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Im wissenschaftlichen Theater der Kraus wird der Vortrag „Die Feuergezeiten der Erde“, der nicht nur die Reize der Vulkangebiete durch Dioromen, Wandbilder und szenische Einrichtungen in packender Wirklichkeit wiedergibt, sondern auch alle Schreden, die das unterirdische Feuer bei seinem gewaltigen Hervortreten verursacht und all die wunderbare Neugeschaltung, die seine Macht erzwingt, schildert, nur noch in dieser und der nächsten Woche zur Darstellung gelangen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute abend 8 Uhr: 3. Abteilung in Schönberg bei Ostf. Vortrag in 8. Schlussvortrag des Winterkurses über „Die Grundzüge der Krankenpflege“. Vortragender: Herr Dr. Schwab. Daran anschließend praktische Übungen.

4. Abteilung in Pichtenberg bei Pielzenhagen, Scharnweberstr. 60. Vortrag nur für Frauen. Es spricht Herr Spezialarzt Dr. Hirschfeld über „Die Hygiene der Frau“, wozu auch Gäste zugelassen sind. Für die männlichen Mitglieder findet Rezitation und praktische Übungen statt. Es wird um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Feuerwehrbericht. In der Luisenstraße 10 kam in der letzten Nacht Feuer aus. Das Zwischengebäl brannte dort. Gleichzeitig hatte die Wehr in der Friedrichstraße 155 zu tun, wo Fußböden und Spinden brannten. Durch einen Gasofen kam in der Müllerstr. 8 und durch einen eisernen Ofen in der Alexandrinenstraße 108/106 Feuer aus. Wegen eines Schornsteinbrandes wurde der 13. Zug nach der Kleinen Auguststraße 11a gerufen. Weitere Alarmer liefen aus der Velle Alliancestraße 18, Flugstraße 5, Kapbachstraße und anderen Stellen ein. Ferner hatte die Wehr vor dem Hause Neue Wilhelmstraße 118 mit der Beseitigung eines Verkehrsbehindernisses zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Ein Eisenbahnunfall hat sich gestern vormittag um 9 Uhr in Sudow ereignet. Dort stieß ein von Rittenthal kommende Personenzug infolge falscher Weichenstellung auf einen dort stehenden Güterzug. Die Lokomotiven wurden stark beschädigt und mehrere Personen erheblich verletzt. In letzter Zeit häufen sich auf dieser Kleinbahn die Unfälle in geradezu bedenklicher Weise. Im Verlauf einiger Wochen ist dieser Eisenbahnunfall bereits der dritte, und es muß die Frage aufgeworfen werden: Ist auf dieser Kleinbahn alles so, wie es sein muß, um das Leben der Passagiere zu schützen? Infolge der Unfälle auf dieser Bahnlinie greift ein immer größeres Gefühl der Unsicherheit Platz. Geht das so weiter, so kommt diese Bahn noch in den Ruf, daß jeder Passagier gut tut, vor Antritt der Fahrt erst sein Testament zu machen. Im Interesse des fahrenden Publikums muß eine dringende Revision dieses Bahnbetriebes gefordert werden.

Bei der Ausübung eines schweren Sittlichkeitsverbrechens ist gestern der Händler R. festgenommen worden. Der Unhold hatte in der Kopffstraße des sechsährigen Mädchens des Drochtlenscher Schöneberger an sich gelockt und es unter Versprechungen in den Hausflur des Grundstückes Kopffstraße 43 geführt. Dort verging sich dem Mädchen in der schwersten Weise an dem bedauernswerten Geschöpf. Aber noch während der Ausübung des Verbrechens wurde er überrascht und festgenommen. Dieser Fall mahnt die Eltern von neuem, ihre Kinder zu warnen, den Lockungen fremder Personen zu folgen.

Ein furchtbare Ueberraschung wurde gestern dem Arbeiter Richard Reppmann, Rigardstr. 23, zu teil. Ahnungslos hatte R. seine an der Canner Chaussee belegene Laube betreten, als er plötzlich jäh zurückfuhr. In der Laube fand der Bedauernswerte seinen 23jährigen Sohn Saul erhängt auf. Der Lebensmüde war bereits tot. Was den jungen Menschen in den Tod getrieben hat, konnte nicht aufgeklärt werden.

Steglitz.

Ungültige Gemeindeverordnetenwahl. Zu Ruh und Frommen unserer Parteigenossen und zur Belehrung gesetzesuntändiger Kommunalbehörden wollen wir nachstehend aus dem nunmehr vorliegenden schriftlichen Urteil in der Angelegenheit der Gemeinde gegen die hiesige Gemeindevertretung die entscheidenden Stellen veröffentlicht. Der Kreisaußschuß des Kreises Teltow hat in seiner Sitzung vom 5. Februar 1907 entschieden:

„Die Wahl des Kreisaußschußes M. Hähnel zum Gemeindeverordneten der Gemeinde Steglitz wird, unter kraftloser Erklärung des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 29. Juni 1906, für ungültig erklärt.“

Das Passquantum bleibt außer Ansatz. Die baren Ausgaben des Verfahrens, sowie die erforderlichen baren Ausgaben des Klägers werden der Beklagten auferlegt. . . . Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 2000 M. festgesetzt.“

Aus den Gründen zitieren wir: „Das Wahlverfahren leidet insofern an einem wesentlichen Mangel, als die Bildung des Wahlvorstandes bei der engeren Wahl nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechend erfolgt ist. Wie sich . . . ergibt, ging der Wahlvorstand bezw. dessen Vorsitzender, welcher in der Hauptwahl vom 5. März 1906 fungiert hatte, von der Ansicht aus, daß er ohne weiteres auch in der engeren Wahl als Wahlvorstand zu fungieren habe. Nur die Abwesenheit des einen Beisitzers hatte zur Folge, daß der Wahlvorsteher die Wahlversammlung zur Wahl eines neuen Beisitzers . . . veranlaßte, während der andere Beisitzer aus der Hauptwahl . . . ohne daß er neu gewählt worden wäre, das Amt des Beisitzers übernahm. Dieses Verfahren war unzulässig. Der § 62 Absatz 4 der Landgemeindeordnung bestimmt ausdrücklich, daß die engere Wahl nach denselben Vorschriften wie die erste stattfinden. Es greift also auch unter anderem der § 60 für die engere Wahl Platz, wonach der Wahlvorstand aus dem Gemeindevorsteher oder einem von ihm zu seinem Stellvertreter ernannten Schöffen und zwei von der Wahlversammlung gewählten Beisitzern besteht. Daraus ergibt sich, daß auch beim Stichwahltermin die Wahlversammlung beide Beisitzer zu wählen hatte, und daß, wie dies auch ausdrücklich in einer Entscheidung des Kgl. Oberverwaltungsgerichts vom 2. Dezember 1904 (Entsch. 48, 106 und Kunze-Kaus, Rechtsgrundr. f. Ergänzungsband 1905/06 S. 71) ausgesprochen wird, die Aufgabe des bei der ersten Wahl tätig gewesenen Wahlvorstandes mit der Bekanntheitgabe der engeren Wahl (§ 62 Absatz 2) beendet war.“

Dieser Mangel des Verfahrens ist ein derartig erheblicher, daß er die Ungültigkeit der Wahl zur Folge hat. Denn das Kgl. Oberverwaltungsgericht hat mehrfach den Grundsat ausgeprochen, daß eine dem Gesetz nicht entsprechende Bildung des Wahlvorstandes diese Folge habe (Entscheid. VIII, 129; IX, 88, Preuß. Verwalt.-Blatt X, 611 und v. Kämpf Rechtsprechung I, 447). Es war deshalb der Klage stattzugeben, ohne daß es einer Würdigung der einzelnen Klagepunkte bedurfte.“

Ob angesichts dieser Gründe die Gemeindevertretung ihr Glück noch bei einer höheren Instanz versuchen wird, möchten wir vorläufig bezweifeln. Verubigt sich die Gemeindevertretung bei dem Urteil, dann wird der Vertreter des Mietervereins, Herr Hähnel, bald seinen Platz im Rathaus räumen müssen und ein frischer fröhlicher Wahlkampf wird uns in allernächster Zeit bevorstehen.

Rummelsburg.

Das Auszahlen der Unfall- und Invalidenrente, das wir bereits vor etwa zwei Monaten zum Gegenstand einer kurzen Besprechung machten und an deren Schluß wir dem Wünsche Ausdruck gaben, daß die Polizei und Post eine baldige Besserung eintreten lassen mögen, geht, einer Zuschrift zufolge, noch immer im alten Gleise vor sich. Nur bei der Polizei soll eine kleine Besserung eingetreten sein. Bei der Post ist es jedoch noch schlechter geworden. So war am 1. März um 11½ Uhr plötzlich das Geld alle. Die Parteien wurden von einer Viertelstunde zur anderen vertrieben, bis schließlich eine Anzahl Hartender ihre Quittung zurückverlangten. Die gab es natürlich nicht zurück und auf Zurufen einiger, daß man sich befähren werde, wurde durchs Schalterfenster erwidert: „Das müßt Ihnen ja doch nichts!“ Manche Frauen mit Kindern auf dem Arme, die für ihre Angehörigen von



Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet... Briefkasten der Redaktion... Die juristische Sprechstunde findet...

Wilmonte ist vom Gericht angemessen... Briefkasten der Redaktion... Wilmonte ist vom Gericht angemessen...

Aufhebung des Verhältnisses auf Rückgabe... Briefkasten der Redaktion... Aufhebung des Verhältnisses auf Rückgabe...

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur, Windrichtung, Windstärke. Includes data for Schwabende, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 21. März 1907. Zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen...

Für den Inhalt der Zeitschrift übernimmt die Redaktion... Theater.

Theater. Donnerstag, den 21. März, Anfang 7 1/2 Uhr. Regl. Opernhaus, Lammhauer...

Regl. Opernhaus, Lammhauer. Regl. Schauspielhaus, Wallenfelde. Deutsches, Der Gott der Rache...

Leistung, Die Söhne der Gesellschaft. Schiller O. (Wallner-Theater). Im bunten Rock...

Schiller N. (Friedrich Wilhelm). Zentral, Der blaue Klub. Werten, Die lustige Witwe...

Berlin, Sherlock Holmes. Neues, Ein idealer Gatte. Weibens, Haben Sie nichts zu verzollen?

Luise, Haben Sie nichts zu verzollen? Lustspielhaus, Zufarensieber. Deutsch-Amerikanisches Theater...

Luise, Haben Sie nichts zu verzollen? Lustspielhaus, Zufarensieber. Deutsch-Amerikanisches Theater...

Urania. Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: Die Feuertgewalten der Erde.

Lortzing-Theater. Beilowstr. 7/8. Abends 7 1/2 Uhr: Die Regimentslochter.

Der Mikado. Operette. 8 Uhr: Der blaue Klub. Freitag: Der Kastelbinder.

Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Haben Sie nichts zu verzollen?

Luisen-Theater. Reichsbergerstr. 34. Anfang 8 Uhr: Der Güttenerbesitzer.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Gesamtgesellschaft Theater des Westens. Heute abend 8 Uhr: Das Schützenlied.

Bernhard Rose Theater. Dr. Franzstr. 132. Abends 8 Uhr: Sherlock Holmes.

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Der Teufel lacht dazu.

Passage-Theater. Täglich anderverkauft! Der größte Lacherfolg der Saison: „Mal was Anderes“.

Die Theims-Troupe. Täglich abends 8 Uhr: Zufarensieber.

Passage-Theater. Täglich anderverkauft! Der größte Lacherfolg der Saison: „Mal was Anderes“.

Die Theims-Troupe. Täglich abends 8 Uhr: Zufarensieber.

Passage-Theater. Täglich anderverkauft! Der größte Lacherfolg der Saison: „Mal was Anderes“.

Die Theims-Troupe. Täglich abends 8 Uhr: Zufarensieber.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Im bunten Rock.

Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelmstr. 11. Abends 8 Uhr: Das letzte Mittel.

Zirkus Busch. Heute Donnerstag, den 21. März, 7 1/2 Uhr: Fortsetzung der Internationalen Ringkampf-Sonder-Konkurrenz...

Apollon Theater. 9 1/2 Uhr: Die 3 goldenen Jungfrauen. 10 Uhr: Bernhard Mörbitz.

Gebr. Herrfeld-Theater. Anfang 8 Uhr: Ein verrücktes Kotel.

W. Noackes Theater. Direktion: Rob. Oll. Baumstr. 16. Zum letzten Male: Der Verschwender.

Intimes Theater. Dresdenstr. 97. Gastspiel des Budapest Burlesken-Ensembles. Linée Wolf.

Fröbels Allerlei-Theater. Fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Große Spezialitäten-Vorstellung.

W. Noackes Theater. Direktion: Rob. Oll. Baumstr. 16. Zum letzten Male: Der Verschwender.

Intimes Theater. Dresdenstr. 97. Gastspiel des Budapest Burlesken-Ensembles. Linée Wolf.

Fröbels Allerlei-Theater. Fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Große Spezialitäten-Vorstellung.

W. Noackes Theater. Direktion: Rob. Oll. Baumstr. 16. Zum letzten Male: Der Verschwender.

Intimes Theater. Dresdenstr. 97. Gastspiel des Budapest Burlesken-Ensembles. Linée Wolf.

Fröbels Allerlei-Theater. Fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag abends 8 1/2 Uhr: Narrenklang.

Zirkus Schumann. Heute Donnerstag, den 21. März: Fortsetzung der großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz...

St. Hubertus. Gedichtes und lebenswertestes Pracht-Wagenchauffeur.

Charlotte Wiehe und das neue Programm. Großer Erfolg!

Kasino-Theater. Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr: Nick Carter.

W. Noackes Theater. Direktion: Rob. Oll. Baumstr. 16. Zum letzten Male: Der Verschwender.

Intimes Theater. Dresdenstr. 97. Gastspiel des Budapest Burlesken-Ensembles. Linée Wolf.

Fröbels Allerlei-Theater. Fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Große Spezialitäten-Vorstellung.

W. Noackes Theater. Direktion: Rob. Oll. Baumstr. 16. Zum letzten Male: Der Verschwender.

Intimes Theater. Dresdenstr. 97. Gastspiel des Budapest Burlesken-Ensembles. Linée Wolf.

Fröbels Allerlei-Theater. Fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Große Spezialitäten-Vorstellung.

W. Noackes Theater. Direktion: Rob. Oll. Baumstr. 16. Zum letzten Male: Der Verschwender.

Intimes Theater. Dresdenstr. 97. Gastspiel des Budapest Burlesken-Ensembles. Linée Wolf.

Fröbels Allerlei-Theater. Fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/49. Gastspiel Bernhard Rose-Theater.

Walhalla-Variété-Theater. Weinbergsweg 19/20, Kolln. Heute abend 8 Uhr: 15 hervorragend. Spezialitäten.

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Hras. Heute 8 Uhr: Entree 50 Pf.

Prater-Theater. Sankt-Annen-Platz 7-9. Abends 8 Uhr: Die sechste Bitte.

Buggenhagen. Moritzplatz. Jeden Donnerstag: Gustav Gottschalks Gesellschaftskonzert.

W. Noackes Theater. Direktion: Rob. Oll. Baumstr. 16. Zum letzten Male: Der Verschwender.

Intimes Theater. Dresdenstr. 97. Gastspiel des Budapest Burlesken-Ensembles. Linée Wolf.

Fröbels Allerlei-Theater. Fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Große Spezialitäten-Vorstellung.

W. Noackes Theater. Direktion: Rob. Oll. Baumstr. 16. Zum letzten Male: Der Verschwender.

Intimes Theater. Dresdenstr. 97. Gastspiel des Budapest Burlesken-Ensembles. Linée Wolf.

Fröbels Allerlei-Theater. Fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Große Spezialitäten-Vorstellung.

W. Noackes Theater. Direktion: Rob. Oll. Baumstr. 16. Zum letzten Male: Der Verschwender.

Intimes Theater. Dresdenstr. 97. Gastspiel des Budapest Burlesken-Ensembles. Linée Wolf.

Fröbels Allerlei-Theater. Fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Ausstellung für soziale Fürsorge. Gesundheitspflege. Berlin 16. bis 22. März 1907.

Sanssouci. Kottbusser Straße 4a. Direction Wilhelm Reimer. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Neu! „Balkontische Klappermäh“.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16. Welt-Ausstellungs-Biograph. (St. Louis) Theater lebender Photographien.

Berliner Ulk-Trio. Felix Scheuer. Straßenszene. Englischen Unterricht.

Möbel-Fabrik W. F. Falkenberg. Tischlermeister. BERLIN C. 54, Alte Schönhauser Str. 32. Engl. Schlafzimmer. Satin oder amerik. Nussbaum, furniert. 1 Schrank, 2 Bettstellen m. Matratze u. Keilkissen...

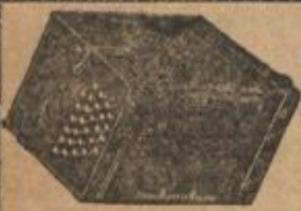
# Freie Volksbühne

Sonntag, den 24. März cr., nachmittags 3 Uhr:  
Neues Schauspielhaus. Berliner Theater.  
16./17. Abteilung: 9./10. Abteilung:  
Weh' dem, der lügt. Baumeister Solneß.

Freitag, den 5. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**23. Kunst-Abend**  
**Fritz Reuter:** — Vorlesung —  
Hr. Saueremann v. Deutschen  
Theater und niederdeutsche Lieder, gesungen von Frau  
Lissi Kurz.  
Am Klavier: Konzertmeister Clemens Schmalstieg.

**5 Opern-Vorstellungen**  
im Lortzing-Theater am 21. und 23. April, 5., 12. und  
28. Mai, nachmittags 3 Uhr:  
Zar und Zimmermann — Fra Diavolo — Undine —  
Die lustigen Weiber von Windsor.  
Opernmarken bei sofortiger Bestellung in allen Zahlstellen.

**Ordner-Sitzung** Sonnabend, den 6. April, im  
Gewerkschaftshaus, abends 8 1/2 Uhr.  
Der Vorstand. I. Vertr.: G. Winkler.



Berliner  
Bandonion-Verein  
„Saxonia“.  
Dirigent: Willy Böttger.

Sonnabend, den 23. März 1907,  
findet unser diesjähriges  
**Gr. Frühjahr-Konzert**  
bestehend in  
musikalischen Vorträgen mit nach-  
folgendem BALL  
im Etablissement „Samsouci“, Roßbuserstr. 4a, statt.  
Anfang 9 Uhr.  
Freunde und Gönner unserer Musik sind hierdurch herzlich eingeladen.  
Der Vorstand.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Fräulein Josette — meine Frau.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
Die Liebeshäutchen.

**Kühner**, garanti. leb. Ankunft, franco,  
11 Monate alt, Farbe nach  
Wahl, russ. Rasse, am Legen, 17 Stück  
inkl. Hahn 32 M., 12 Stück 27 M.  
Ad. Streusand, Rostocker D./S.

**Gustav Behrens  
Theater**



Schöneberg-  
Berlin, Gold-  
straße 9.  
Heute und fol-  
gende Tage:  
Die sensation-  
elle  
Ausstattungs-  
Operette:  
Die lustige Witwe von Schöneberg  
sowie die  
erstklassigen Spezialitäten  
füllen das Haus abendlich bis zum  
letzten Platz.  
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.

**Inventur-Verkauf**  
Nur einmal jährlich!

**Steppdecken**  
Spezialhaus

**Emil Lefèvre,**  
Berlin Süd. Seit 1882  
nur Oranienstr. 158

Unter-  
halte nirgends Filialen!

**Sonderangebote**

Similiseide in den Farben (5,25 7,50  
rot, blau, oliv) 6,75 8,50  
Wollatlas  
Bunte Normal-  
Schlafdecken 1,50 2,50 3,50  
Wolldecken ganz dick 3,00 4,00  
Reisedecken (engl.) 6,8,10 M.  
Inventur-Extralistel gratis  
u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. und franko

# Verlängert bis 24. März 1907.

Von 4 Uhr ab

## Großes Militär-Konzert

mit voller Besetzung.



Zu Gunsten der öffentlichen Krankenpflege Groß-Berlins  
**ALLGEMEINE  
GARTENBAU  
AUSSTELLUNG**  
Ausstellungshalle  
Zoologischer Garten  
vom 14.—24. März 1907.  
Eintrittskarten zu dem Vorzugspreis von 25 Pf.  
(inkl. Katalog) sind durch die Gewerkschaften bei der Gewerkschafts-  
kommission, Engel-Ufer 15, zu beziehen.  
Die ausgestellten Pflanzen werden am Montag, den 25. März,  
zu herabgesetzten Preisen abgegeben.

**Verein Berliner Buchdrucker  
und Schriftgießer.**  
Hiermit erfüllen wir die traurige  
Pflicht, den Mitgliedern von dem  
Abgehen unseres braven Kollegen,  
des Schriftsetzers  
**Adolf Grünberg**  
Kenntnis zu geben. Derselbe ge-  
hörte der Bibliothekskommission seit  
langen Jahren an und war uns  
niets ein treuer Mitarbeiter und  
guter Berater.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Bibliothekskommission.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Maschinen-  
former  
**Karl Steinhäuser**  
am 19. d. M. an Lungenerkrankung  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 22. März, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Krankenhauses Westend  
aus nach dem Luisen-Sirchhof,  
Färberbrunnen Weg, statt.  
Kege Beteiligung erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der freien Gast-  
u. Schankwirte Deutschlands**  
Zahlstelle Ober-Schöneweide  
und Umgegend.  
Am Dienstag, den 19. März,  
verstarb durch Operation der  
Kollege  
**August Großmann**  
Ober-Schöneweide.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 22. März, nach-  
mittags 4 Uhr, in Berlin von der  
Leichenhalle des Georgenkirchhofs,  
Landsberger Allee, aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
Der Vorstand.  
Treffpunkt der Kollegen um  
3 Uhr Landsbergerstr. 8 beim  
Kollegen Haselrot. 22585

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
Ober-Schöneweide.**  
Am Dienstag verstarb unser  
Mitglied, der Restaurateur  
**August Großmann.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 22. März, nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Georgenkirchhofs aus statt.  
Um rege Beteiligung wird ge-  
beten.  
Der Vorstand. 22515

Allen Verwandten und Freunden  
die traurige Nachricht, daß mein  
lieber Mann, unser guter Vater,  
Schwiegerater und Großvater,  
der Metallgießer 22556  
**Julius Malmethie**  
plötzlich verstorben ist.  
Um hilfes Beileid bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
tag, nachmittags 3 Uhr, von der  
Halle des Elisabeth-Kirchhofs,  
Prinzen-Allee aus statt.

Am Dienstag, den 19. d. Mts.,  
früh 1/3 Uhr, nach kurzem,  
aber schwerem Leiden unser innig-  
geliebter Sohn, Bruder, Schwager,  
Bräutigam und Neffe, der Mechaniker  
22545  
**Willy Duwe**

im noch nicht vollendeten Lebens-  
jahr.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Bibichstraße 21.  
Die Beerdigung findet am Frei-  
tag, den 22. d. Mts., nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Heiligkreuz-Kirchhofs, Rastendorfer  
aus statt.

Am 18. März verstarb nach  
kurzem, schweren Leiden meine liebe  
Frau, unsere gute Mutter  
**Agnes Lenz geb. Tietz.**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,  
von der Krankeuhalle Westend aus,  
nach dem Heiligkreuz-Kirchhof statt.  
Karl Lenz nebst Kindern.

**Zahn-Klinik, G. Anders \***  
Frankfurter Allee 153  
Sprachs. 2-8, Sonnt. 9-1. Plomben,  
künstl. Zähne, schmerzlos Zahnziehen.

**Gute Existenz.** Parteilokal auf  
pachteter Kutschlag p. hl 8 M. Einiges  
Anbeter ist vom Pächter mit zu  
übernehmen. Rufnr. sub N. 60 an  
Hansenstein & Vogler A. G., Dessau.

# H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17/18.

Veteranenstrasse 1/2.

## Zum bevorstehenden Osterfeste Back-Artikel

Sultaninen Ia	Pfd. 85 Pf.	Rosinen m. Kern	Pfd. 52 Pf.
Sultaninen I	Pfd. 78 Pf.	Corinthen Ia	Pfd. 42 Pf.
Sultaninen II	Pfd. 72 Pf.	Mandeln süß, Extra gross	Pfd. 1.10
Sultaninen III	Pfd. 60 Pf.	Mandeln süß, Groß	Pfd. 1.10

Feinstes Kaiser-Auszugmehl 5 Pfund-Beutel	0.85	Haushalt- Naken	Pfd. 0.98	Extra Feines Kaiser-Auszugmehl 5 Pfund-Beutel	1.00
Pester Auszugmehl 5 Pfund-Beutel	1.10	Haushalt- Chocolade	Pfd. 0.85	Citronat	Pfund 0.80

## Extra-Preise für Wurstwaren

Braunschweig. Mettwurst in ganzen Würsten	Pfd. 90 Pf.	Schinkenspeck in ganzen u. halben Stücken	Pfd. 98 Pf.
Pommersche Mettwurst	Pfd. 75 Pf.	Sächsische Rotwurst in ganzen Würsten	Pfd. 55 Pf.
Pommersche Leberwurst	Pfd. 55 Pf.	Bauern-Mettwurst in ganzen Würsten	Pfd. 1.00

**Prima Kassler Rippespeer** Pfund 80 Pf.

im Parterre **Oster-Ausstellung** im Parterre

Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend  
**Doppelte Rabatt-Marken!!**

Um unserer werten Kund-  
schaft Gelegenheit zu geben,  
ihre Oster-Einkäufe des  
späteren Andranges wegen  
schon jetzt zu besorgen, ver-  
abfolgen wir an allen Lägern\*

**Donnerstag  
Freitag  
Sonnabend**  
**Doppelte  
Rabatt-  
Marken**

Da unser Rabattsystem 5%  
beträgt, bieten wir hiermit  
die aussergewöhnliche Ver-  
günstigung von vollen 10%\*

\* mit Ausnahme einiger Artikel